

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Jahresbericht 2016



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

INHALT

EDITORIAL	3
HIGHLIGHTS	4
ENTWICKLUNGSPOLITISCHES UMFELD	5
KRISENPRÄVENTION UND NOTHILFE	9
Langfristiges Engagement für Flüchtlinge und Vertriebene	
Zusammenarbeit trotz Grenzen	
Schweizer Soforthilfe in Haiti	
ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENSTLEISTUNGEN	15
Innovative Lösungen des sozialen Unternehmertums	
Männer und Jungen stehen ein für Gewaltprävention gegen Frauen	
Beilegung von Weidekonflikten	
WISSEN, FORSCHUNG UND KULTUR	20
Pflanzendoktor: ein Beruf mit Zukunft	
Bio-Produktion in den Tropen	
Aufbruch in Bildern: Wiederaufbau in Mali	
WIRKUNGSMESSUNG	22
SCHWERPUNKTLÄNDER UND -REGIONEN	25
NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM	27
Wachstum in Peru – auch dank Reformen im öffentlichen Finanzwesen	
Mehr Transparenz im Rohstoffsektor	
Umweltverträglicher Zement	
DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT	33
Schlüsselsektoren für den Arbeitsmarkt	
Der Schweizer Beitrag an die erweiterte EU	
Begleitung von Gemeindefusionen	
Schneller und sauberer unterwegs in Ho Chi Minh City	
ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG	39
Migration und Entwicklung – Eine strategische Verknüpfung	
Swiss Bluetec Bridge: eine Brücke zur Innovation	
Ein Fonds für nachhaltiges Unternehmertum	
MULTILATERALE ZUSAMMENARBEIT	44
UNSERE PARTNER	46
STATISTIKEN 2016	47



MARIE-GABRIELLE INEICHEN-FLEISCH
STAATSEKRETÄRIN, DIREKTORIN SECO

MANUEL SAGER
BOTSCHAFTER, DIREKTOR DEZA

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Für die internationale Zusammenarbeit (IZA) der Schweiz war auch 2016 ein Jahr mit vielen Herausforderungen. Millionen von Menschen lebten aufgrund von anhaltenden Konflikten und Katastrophen weiterhin in Not und Elend. Viele von ihnen beschränkt auf ihrer Suche nach einer besseren Zukunft auch letztes Jahr den Weg nach Europa und der Schweiz. Das sorgte auch bei uns für politische Spannungen und einer zunehmenden Erwartung gegenüber der IZA, mehr zur Lösung der Flüchtlingskrise beizutragen. Um dort, wo es im Interesse der Schweiz ist, die IZA noch stärker strategisch mit der Schweizer Migrationspolitik zu verknüpfen, engagierten sich die zuständigen Departemente und Ämter denn insbesondere auch dahingehend, in den Herkunftsregionen von Flüchtenden an den längerfristigen Migrationsursachen zu arbeiten und Menschen eine Perspektive im eigenen Land zu geben.

Auch das wirtschaftliche Umfeld blieb 2016 insgesamt eher enttäuschend. Die Weltwirtschaft wuchs kaum oder gar nicht mehr. Das globale Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens hat sich zwischen 2010 und 2016 mehr als halbiert. Gleichzeitig öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich in vielen Ländern weiter. Diese Faktoren wirkten sich weltweit negativ auf Produktivität, den Handel, Beschäftigung und Innovation aus. Die Partnerländer der Schweizer IZA litten besonders darunter.

Hier versucht die neue Botschaft zur IZA 2017–2020, die Bundesrat und Parlament letztes Jahr verabschiedet haben, Gegensteuer zu geben. Die Botschaft ist auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet und will Armut und globalen Risiken vermindern sowie Frieden

und Menschenrechte fördern. Die Botschaft ist in erster Linie Ausdruck der Solidarität der Schweizerinnen und Schweizer mit den Armen und Notleidenden dieser Welt.

In diesem Zusammenhang sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Schweizer IZA wegen der Schuldenbremse 2016 175 Millionen Franken einsparen musste. Mehrere Programme mussten deshalb bereits gekürzt werden, wie wir im Einstiegskapitel anhand von kurzen Beispielen aufzeigen. Weitere Einsparungen werden in den nächsten Jahren folgen.

Trotz dieses herausfordernden Umfelds erbrachte die Schweizer IZA 2016 viele gute Resultate: So stellte sie beispielsweise dem Syrischen Arabischen Roten Halbmond dringend benötigte Ambulanzfahrzeuge zur Verfügung. Sie verhalf den Bewohnerinnen und Bewohnern Somalias zu einer besseren Gesundheitsgrundversorgung. Sie gewährte Flüchtlingen und Vertriebenen in einem der weltweit grössten Flüchtlingslager im Norden Kenias eine Berufsbildung. Oder sie trug zu einer besseren Finanzverwaltung und damit zu Wirtschaftswachstum in Peru bei. Erfahren Sie anhand von weiteren innovativen Programmansätzen, wie sich die Schweiz für die Menschen in ihren Partnerländern und auf multilateraler Ebene einsetzt – für eine Welt ohne Armut, in Frieden und mit einer nachhaltigen Entwicklung.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

M.-G. Ineichen-Fleisch

Manuel Sager

HIGHLIGHTS



LANGFRISTIGES ENGAGEMENT FÜR FLÜCHTLINGE UND VERTRIEBENE

Weltweit waren 2016 über 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Viele von ihnen sind bereits seit Jahren unterwegs oder harren in Flüchtlingslagern aus. Die Schweiz setzt im Nahen Osten und am Horn von Afrika auf ein Engagement, das Nothilfe vor Ort mit der Schaffung von Langzeitperspektiven verbindet. (S. 8)



INNOVATIVE LÖSUNGEN DES SOZIALEN UNTERNEHMERTUMS

Armut und tiefgreifende Ungleichheiten sind in zahlreichen latein-amerikanischen und karibischen Regionen an der Tagesordnung. Um innovative Lösungsansätze für soziale und ökologische Probleme zu fördern, unterstützt die Schweiz soziales Unternehmertum. (S. 14)



WACHSTUM IN PERU – AUCH DANK REFORMEN IM ÖFFENTLICHEN FINANZWESEN

Zur Armutsbekämpfung setzt die Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Wie das Beispiel Peru zeigt, gehören solide und gut verwaltete öffentliche Finanzen genauso dazu wie ein wachstumsfreundliches Umfeld. (S. 26)



SCHLÜSSELSEKTOREN FÜR DEN ARBEITSMARKT

Die jüngste Wirtschaftskrise hatte grosse Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Serbien, insbesondere für die Jugendlichen. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, unterstützt die Schweiz Branchen mit hohem Wachstumspotenzial. (S. 32)



MIGRATION UND ENTWICKLUNG – EINE STRATEGISCHE VERKNÜPFUNG

Millionen Menschen verlassen ihre Heimat auf der Suche nach Sicherheit, Arbeit und einer besseren Zukunft. Die Schweiz unterstützt Bemühungen, Migration möglichst entwicklungsfördernd zu gestalten und den Migrationsdruck durch die Schaffung von Perspektiven vor Ort zu mildern. (S. 38)

MIT DER BOTSCHAFT 2017–2020 SETZT DIE SCHWEIZ NEUE AKZENTE

Das Jahr 2016 war geprägt von Krisen und Konflikten, welche die internationale Gemeinschaft vor grosse Herausforderungen stellte. Die neue Botschaft 2017–2020 gibt der Schweiz die Mittel, um auch künftig einen wirksamen und nachhaltigen Beitrag zu leisten.

Die Schweiz und die internationale Gemeinschaft sahen sich 2016 mit einem turbulenten globalen Umfeld konfrontiert. Nur ein Jahr nach Verabschiedung der UNO-Agenda 2030 mehrten sich die kritischen und teils populistischen Stimmen, welche die liberale Weltordnung und das multilaterale System der Zusammenarbeit zusehends in Frage stellten. Zu beobachten war in vielen Ländern ein Erstarken des Nationalismus. Bewegungen, die sich gegen offene Grenzen und gegen offene Gesellschaften auflehnen, gewannen 2016 vermehrt an politischem Einfluss. Immer mehr Staaten schienen ihren Blick wieder nach innen und auf innenpolitische Interessen zu richten.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Sie lassen sich aber nicht zuletzt auch mit dem dauerhaft schwachen Wirtschaftswachstum, den zunehmenden Ungleichheiten in der Gesellschaft und den immer grösser werdenden Verlustängsten in der Bevölkerung erklären. Anhaltende Konflikte wie die in Syrien und im Nahen Osten, in der Ukraine und am Horn von Afrika sowie wachsende geopolitische Spannungen sorgten 2016 verbreitet für grosse wirtschaftliche und politische Unsicherheit.

Für viele wurde erstmals die akute Gefahr ersichtlich, dass die Bereitschaft zur Zusammenarbeit innerhalb der Weltgemeinschaft abzunehmen drohte – und somit auch die gemeinsame Erarbeitung tragfähiger Lösungen im Kampf gegen Armut, Krisen und Konflikte. Mit der Botschaft 2017–2020 bekennt sich die Schweiz zur internationalen Zusammenarbeit, um zu Lösungen beizutragen, und setzt ein klares Zeichen gegen Isolationismus.

Fragile Kontexte: Einsatz mit langem Atem

Setzen sich die Trends des Jahres 2016 weiter fort, würden in der Folge vor allem die Ärmsten dieser Welt leiden. Immer mehr von ihnen leben bereits heute in Ländern, wo staatliche Strukturen

wegen internen Konflikten weitgehend fehlen oder beschädigt sind. Für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz liegt deshalb auch das Schwergewicht der Armutsbekämpfung auf solchen fragilen Kontexten. Die besonders schwierigen Herausforderungen, die sich in diesen Kontexten stellen, erfordern eine Strategie und innovative Ansätze, welche das humanitäre Engagement der Schweiz noch besser und wirksamer mit der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung verknüpfen.

Genau dieser Anspruch liegt auch der neuen Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 zu Grunde. Nach regen Debatten im National- und Ständerat verabschiedete das Parlament im Herbst 2016 die neue Botschaft. Damit fiel auch der Startschuss zu deren Umsetzung. Zum ersten Mal ist daran neben der DEZA und dem SECO auch die Abteilung für Menschliche Sicherheit (AMS) im EDA beteiligt. Mit der Botschaft 2017–2020 hat die Schweiz für die nächsten vier Jahre ein klares Bekenntnis abgegeben: Für eine Welt ohne Armut und in Frieden, für eine nachhaltige Entwicklung.

Fünf Akzente für eine bessere Zukunft

Auch mit der Botschaft 2017–2020 bleibt die Armutsbekämpfung das oberste Ziel der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Die Botschaft setzt zugleich fünf strategische Akzente, welche einerseits die aktuellen entwicklungspolitischen Herausforderungen widerspiegeln und andererseits die Kernkompetenzen der Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit noch stärker zur Geltung bringen sollen.

So setzt die Schweiz auch weiterhin auf die humanitäre Nothilfe, um Leben zu retten und die von Krisen und Katastrophen betroffenen Menschen zu schützen. Ein besonderes Augenmerk gilt den über 65 Millionen Flüchtlingen und intern Vertrie-

FINANZIELLE KÜRZUNGEN GEFÄHRDEN ZIELE DER IZA

Einsparungen in der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz betreffen strategisch wichtige Programme und Ziele.



Um die Schuldenbremse einzuhalten, beschloss der Bundesrat, im Jahr 2016 bei der internationalen Zusammenarbeit 175 Millionen Franken einzusparen. Dies führte zu Kürzungen in zahlreichen Programmen, die für Ziele der Schweizer Aussenpolitik wichtig sind. So musste zum Beispiel die Humanitäre Hilfe der DEZA ihre Beiträge an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sowie für den

Wiederaufbau von Schulen und Gesundheitszentren zurückfahren. In Bolivien konnte ein DEZA-Programm zur Wasserbewirtschaftung 12 000 Familien weniger unterstützen als vorgesehen. In Armenien, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, konnten geplante Berufsbildungsangebote nicht realisiert werden.

Der Bundesrat sieht für die kommenden Jahre weitere Kürzungen vor: DEZA und SECO müssen 2018–2020 mit einer Reduktion der IZA-Zahlungsmittel von insgesamt 450 Millionen Franken rechnen. Damit wird die Botschaft 2017–2020 unterfinanziert sein.

Als Folge wird die DEZA ihr Programm in einem Schwerpunktland schliessen. Zahlreiche bilaterale und regionale Programme in Lateinamerika, Afrika und Asien sowie Programme der Ostzusammenarbeit und der Humanitären Hilfe müssen reduziert werden. Ausgenommen von den Einsparungen ist die Nothilfe. Die Schweizer Beiträge an multilaterale Organisationen werden deutlich gekürzt: Mit 48 Prozent tragen diese Beiträge die Hauptlast der Kürzungen seitens der DEZA. Auf Seiten des SECO treffen die Kürzungen sowohl die bilaterale Zusammenarbeit im Süden und Osten als auch die multilaterale Zusammenarbeit.

benen weltweit. Gleichzeitig setzt sie sich für die Konfliktlösung, direkte Mediation und die Friedensförderung ein und erhöht die Investitionen in diesen Bereichen um rund 120 Millionen Franken.

Das Engagement der Schweiz in fragilen Kontexten wird künftig noch weiter verstärkt. Das gilt vor allem für Afrika und den Nahen Osten, wo Spannungen schnell zu neuen Konflikten anwachsen und Menschen zur Flucht zwingen könnten. Künftig werden daher 55 Prozent der Mittel der internationalen Zusammenarbeit im Mittleren Osten, Nordafrika und Subsahara-Afrika eingesetzt.

Die DEZA, das SECO und die AMS werden sich gemeinsam für die Verminderung von Armut und Ungleichheiten einsetzen. Besonders sollen für junge Menschen und Frauen neue Perspektiven geschaffen werden. Gerade sie sollen noch mehr von Wirtschaftswachstum profitieren, sowohl durch die Schaffung zusätzlicher und besserer Arbeitsplätze als auch durch den Ausbau von Berufsbildungsprogrammen. Dabei setzt die Schweiz auf eine starke Verknüpfung von Grund- und Berufsbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens.

Eine wichtige Rolle bei der Förderung und Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung spielt der

Privatsektor. Daher werden die Partnerschaften der DEZA und des SECO mit dem schweizerischen Privatsektor noch verstärkt. So plant die DEZA unter anderem, bis 2020 die Anzahl von Partnerschaften mit Schweizer Unternehmen von heute 30 zu verdoppeln.

Zentral bleibt für die Schweiz auch das Engagement zur Bewältigung von globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Wasserknappheit, Gesundheit, Ernährungssicherheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie der Migration. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bietet auch in diesen Bereichen einen wichtigen Referenzrahmen. Sie umfasst 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals SDG), welche die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen gleichermaßen einbeziehen. Mit der neuen Botschaft 2017–2020 setzt die Schweiz auch ihr Versprechen um, die SDGs im Verbund mit ihren Partnern zu erreichen.

Verstärktes Engagement im Bereich Migration

Bei der Verabschiedung der Botschaft entschied das Parlament, dass die internationale Zusammenarbeit noch stärker mit der Migrationspolitik der Schweiz verknüpft werden sollte. Damit sollten menschliche Tragödien, wie sie so vielen

Flüchtlingen und Asylsuchenden auch 2016 wiederfahren, verhindert werden. Die internationale Zusammenarbeit und die Migrationspolitik sollen in Zukunft immer dort miteinander verbunden werden, wo dies im gemeinsamen Interesse der Schweiz und ihrer Partnerländer sowie zum Schutz der Flüchtenden selber ist.



Geografisch bedeutet dies ein noch stärkeres Engagement in den Herkunftsländern von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten, vor allem im Nahen Osten und Afrika. Thematisch werden die DEZA, das SECO und die AMS künftig noch stärker an den Ursachen arbeiten, welche die Menschen zur Migration zwingen. Unter anderem wird mittels Berufsbildung versucht, Perspektiven vor allem für junge Menschen zu schaffen und die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Denn ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden und ohne Frieden keine nachhaltige Entwicklung, dafür aber erzwungene Migration.

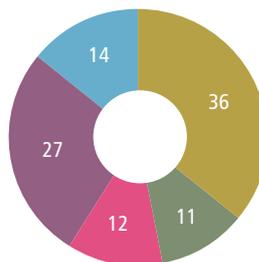
Durch Gelerntes besser werden

Die Wirkung und die Wirkungsmessung in der internationalen Zusammenarbeit war schon in den letzten Jahren ein zentrales Anliegen der Schweiz. Während der neuen Botschaftsperiode 2017–2020 werden sie nochmals an Bedeutung gewinnen. Dies war ein weiteres Anliegen des Parlaments bei der Verabschiedung der Botschaft im Herbst 2016. Die Wirkungsmessung wird zukünftig durch Ziele mit entsprechenden Referenzindikatoren noch weiter verstärkt.

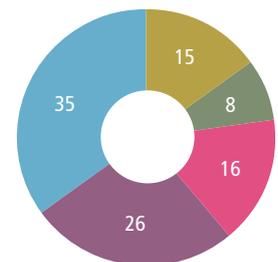
Die internationale Zusammenarbeit findet in oft schwierigen Kontexten statt. Die konsequente und umfassende Evaluation und Wirkungsmessung sind auch unter diesen Umständen unerlässlich. Denn sie erlaubt es der Schweiz und ihren Partnern, Teil- oder Misserfolge zu identifizieren und wenn nötig korrigierend einzugreifen. Damit steigern DEZA, SECO und AMS nicht nur die Glaubwürdigkeit ihrer Arbeit. Sondern sie können

somit auch in den kommenden Jahren und in den schwierigsten Kontexten durch das Gelernte besser werden und ihr Engagement für eine gerechtere, prosperierende und friedlichere Welt nachhaltig weiterführen.

**DEZA BILATERAL
GEOGRAFISCHE
AUFTEILUNG 2016¹
(IN %)**



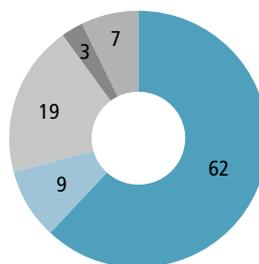
**SECO BILATERAL
GEOGRAFISCHE
AUFTEILUNG 2016¹
(IN %)**



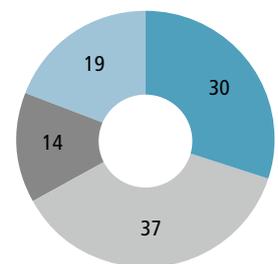
- Subsahara-Afrika
- Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten
- Lateinamerika
- Asien
- Osteuropa und GUS

¹ Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag

**ÖFFENTLICHE
ENTWICKLUNGSHILFE
(APD) DER SCHWEIZ
2016 (IN %)**



**MULTILATERALE
APD
DER SCHWEIZ
2016 (IN %)**



- DEZA
- SECO
- Asylsuchende in der Schweiz
- Frieden und Sicherheit (AMS/VBS)
- Andere

- UNO-Organisationen
- Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)
- Internationale Finanzierungsinstitutionen (exkl. IDA)
- Andere internationale Organisationen



Nach einer Ausbildung im Rahmen des DEZA-Projekts «Skills for Life» eröffneten diese jungen Frauen ihre eigene Schneiderei. «Skills for Life» vermittelt Flüchtlingen und Einwohnerinnen und Einwohnern im kenianischen Kakuma Berufskennntnisse, die es ihnen erlauben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Im Südsudan brach 2013, zwei Jahre nach der Erlangung der Unabhängigkeit, ein Bürgerkrieg aus. Über eine Million Menschen sind bereits aus dem Land geflohen. Rund 50 000 von ihnen sind in den letzten Jahren nach Kakuma gekommen. Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) betreibt in Kakuma ein riesiges Lager, in dem 180 000 Menschen leben. Über die Hälfte von ihnen stammt aus dem Südsudan.



LANGFRISTIGES ENGAGEMENT FÜR FLÜCHTLINGE UND VERTRIEBENE

Weltweit waren 2016 über 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Viele von ihnen sind bereits seit Jahren unterwegs oder harren in Flüchtlingslagern aus. Die Schweiz setzt im Nahen Osten und am Horn von Afrika auf ein Engagement, das Nothilfe vor Ort mit der Schaffung von Langzeitperspektiven verbindet.

«Eltern setzen ihr Kind nur dann in ein Boot, wenn es auf dem Meer sicherer ist als auf dem Land». Dieses Zitat der jungen somalischen Dichterin Warsan Shire zeugt vom Schicksal der über 65 Millionen Menschen, die aufgrund von Kriegen, Konflikten und Katastrophen auf der Flucht sind. Rund zwei Drittel dieser Vertriebenen lebt nach wie vor im eigenen Land. Sie verfügen weder über die finanziellen Mittel noch die Handlungsfreiheit, um eine lange Flucht antreten zu können. Stattdessen sind sie damit beschäftigt, ihr tägliches Überleben zu sichern.

Von den 21 Millionen registrierten Flüchtlingen, welche die Landesgrenze überquert haben, stammen mehr als die Hälfte aus drei Ländern: Syrien, Afghanistan und Somalia. Syrien führt die traurige Statistik an. Die humanitäre Katastrophe in und um Syrien stand 2016 deshalb auch im Fokus des humanitären Engagements der Schweiz. Mit über 250 Millionen Franken seit 2011 handelt es sich um die umfangreichste humanitäre Aktion der DEZA. Sie unterstützte mit diesem Betrag insbesondere das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), humanitäre UNO-Organisationen und internationale NGOs. Neben der finanziellen Unterstützung stellte sie Expertinnen und Experten des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) zur Verfügung. Zudem führte die DEZA eigene Projekte durch: So übergab der Delegierte für Humanitäre Hilfe im Juli dem Syrischen Arabischen Roten Halbmond (SARC) zwölf neue Ambulanzfahrzeuge, die angesichts der Kriegszerstörungen, der Angriffe auf Spitäler und der enormen Opferzahlen dringend benötigt werden.

Auch wenn der bewaffnete Konflikt in Syrien und die damit verbundene Flüchtlingskrise die Schlagzeilen dominieren, ist das Horn von Afrika seit vielen Jahren ein Epizentrum grosser Fluchtbewegungen. Insgesamt 1,8 Millionen Flüchtlinge und 6,7 Millionen intern Vertriebene befinden sich in den Ländern Somalia, Kenia, Eritrea, Dschibouti, Sudan und Südsudan. Allein aus Somalia sind 1,1 Millionen Menschen geflohen. Die politische und geografische Fragmentierung, andauernde Gewaltkonflikte und die Bedrohung durch die islamistische Al-Shabaab-Miliz machen Somalia zu einem der fragilsten Länder der Welt.

Das weltweit grösste Flüchtlingslager wird von Somalierinnen und Somaliern bewohnt und befindet sich im Norden Kenias. Mit rund 340 000 Menschen ist Dadaab in den letzten 25 Jahren zu einer veritablen Stadt der Grösse Zürichs und zur drittgrössten Stadt Kenias geworden. Eine ganze Generation ist in Dadaab geboren und aufgewachsen. Nun steht das Flüchtlingslager kurz vor der Schliessung. Die kenianische Regierung sieht sich aufgrund von Terrorgefahr, mangelnder Sicherheit und Umweltzerstörung zu diesem Schritt gezwungen.

Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit am Horn von Afrika

Das Beispiel Dadaab zeigt, dass Nothilfe für Flüchtlinge und Vertriebene allein keine langfristige Lösung darstellt. Zusätzlich zur humanitären Hilfe braucht es ein Entwicklungsengagement zur Minderung von Fluchtursachen und zur Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in den



Alfadil Abdallah gehörte zu den ersten Teilnehmern des Ausbildungsprogramms «Skills for Life». Er repariert in seinem Laden PCs und Mobiltelefone.

Erstaufnahmeländern. Die DEZA übernimmt am Horn von Afrika eine innovative Führungsfunktion. Seit dem Sommer 2016 leitet sie gemeinsam mit Dänemark die Informal Humanitarian Donor Group Somalia und setzt sich für eine nachhaltige Lösung für langzeitvertriebene Personen ein. Zwei Schweizer Experten im Büro des UNO-Koordinators für Somalia setzen sich aktiv für den integrierten Ansatz ein.

Wo andere internationale Akteure wegschauen wird die DEZA aktiv. So setzt sich die DEZA in Somalia für den Aufbau einer landesweiten Gesundheitsgrundversorgung ein. Gleichzeitig bringt sie traditionell humanitäre Akteure an den Tisch mit Entwicklungsorganisationen und erkundet gemeinsam mit der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung neue Wege, wie das landesweit seit 25 Jahren rein humanitär finanzierte Gesundheitssystem in die nationalen Gesundheitspläne Somalias integriert werden kann.

«Zusätzlich zur humanitären Hilfe braucht es ein Entwicklungsengagement zur Minderung von Fluchtursachen und zur Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in den Erstaufnahmeländern.»

Zur Stärkung der lokalen Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen investiert die DEZA zudem in Grund- und Berufsbildung. Mit seinen

180000 Menschen gehört Kakuma im Norden Kenias ebenfalls zu den grössten Flüchtlingslagern der Welt. Rund die Hälfte der Flüchtlinge stammt aus dem Südsudan. «Wir sind nicht gerne hier. Aber für uns gibt es keinen anderen Platz auf dieser Welt.»

«Zur Stärkung der lokalen Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen investiert die DEZA zudem in Grund- und Berufsbildung.»

Das sind die Worte einer Bewohnerin Kakumas, die für sich und ihre Familie wenig Hoffnung für die Zukunft sieht. Um diesem Trend entgegenzuwirken und den Menschen, insbesondere jungen Frauen und Männern, wieder Perspektiven zu geben, lancierte die DEZA im Jahr 2013 das «Skills for Life» Projekt. Hierbei können Flüchtlinge und Einheimische einen Beruf erlernen, mit dem sie später ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Alfadil Abdallah ist einer von den mehr als 500 jungen Menschen, die durch dieses Projekt eine Ausbildung erhalten haben. Gemeinsam mit einigen Freunden eröffnete der 28-jährige 2015 eine Reparaturwerkstätte für PCs und Handys. «Es läuft gut und ich bin dankbar, dass ich mir eine Zukunft aufbauen kann», sagt Alfadil. Die durch das Programm angebotenen Kurzlehren gibt es in zwölf Handwerksbereichen wie Informatik, Friseurwesen, Schneidern oder Schreineri.

Prävention von Fluchtursachen ist Teil des Schweizer Engagements

Neben Gewaltkonflikten sind Dürren und Hungersnöte weitere Fluchtursachen am Horn von Afrika. Diese werden oft durch die zyklisch wiederkehrenden Klimaphänomene El Niño und La Niña verstärkt. So wurde Äthiopien 2016 als Folge des El Niño von einer der schwersten Dürren seit fast 50 Jahren heimgesucht. Nachdem zwei aufeinanderfolgende Regenzeiten ausfielen, waren weit über zehn Millionen Menschen von Lebensmittelhilfe abhängig.

«Um Entwicklungsgewinne auch in Krisenjahren weiter zu sichern, hat die DEZA zum ersten Mal einen Notfallfonds in ein langfristiges Resilienzprogramm integriert.»

Gemeinsam mit der äthiopischen Regierung investiert die DEZA im Süden in die Rehabilitation von Wasserstellen, die Stärkung von lokalen Frühwarnsystemen, die Weiterbildung von Frauen sowie in Massnahmen gegen die Schädigung des Weidelands. «Es geht darum, den Menschen nicht nur in Krisenzeiten zu helfen, sondern sie soweit zu unterstützen, dass sie auch gegen Rückschläge gewappnet sind», erklärt DEZA-Mitarbeiter Ababu Lemma Belay vor Ort. Um Entwicklungsgewinne auch in Krisenjahren weiter



Lebensnotwendige Güter werden entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung verteilt.

zu sichern, hat die DEZA zum ersten Mal einen Notfallfonds in ein langfristiges Resilienzprogramm integriert. Umgesetzt durch eine Schweizer NGO und die lokale Regierung verbessert das Projekt das Management der natürlichen Wasser- und Landressourcen und sichert langfristig Einkommen und Perspektiven.

KRISENPRÄVENTION UND NOTHILFE

- Humanitäre Hilfe
- Arbeit in fragilen Situationen
- Krisenresistenz
- Achtung der Menschenrechte

Die Schweiz leistet Hilfe zugunsten der von bewaffneten Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen betroffenen Bevölkerung. Hierzu gehören die Prävention und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren, die Reduktion von Konfliktursachen, Gewaltkonfliktprävention, die humanitäre Hilfe in Notsituationen, die Konfliktbearbeitung, der Staats- und Wiederaufbau sowie die Reform des Sicherheitssektors und bessere Achtung der Menschenrechte.

Die Unterstützung ist meist kurzfristig angelegt; Nothilfe wird solange wie nötig geleistet. Für längerfristige humanitäre Engagements (Wiederaufbau) und für Entwicklungsmassnahmen (Beschäftigung, soziale Dienste, Staatsaufbau) werden Schwerpunkte gesetzt. Die sollen vor allem auf lokaler Ebene Gouvernanzstrukturen stärken und eine Transition zu nachhaltiger Entwicklung ermöglichen.

ZUSAMMENARBEIT TROTZ GRENZEN

Das Fehlen einer anerkannten Grenze zwischen Kirgisistan und Tadschikistan stellt eine Bedrohung für die Sicherheit und die sozioökonomische Entwicklung der beiden Länder dar.



Im Ferghana-Tal gibt es Gebiete und Ressourcen, die von beiden Ländern beansprucht werden. Die Lage ist instabil und es kommt immer wieder zu gewalttätigen Zusammenstößen. Solange die Verhandlungen über die definitive Grenzziehung noch nicht abgeschlossen sind, trägt das Projekt der DEZA dazu bei, die Lage zu

stabilisieren. Es ermöglicht es der lokalen Bevölkerung, einen Dialog über die Verwendung der natürlichen Ressourcen und der Infrastruktur zu führen.

Personen aus den verschiedenen Gemeinschaften überwachen die Ursachen möglicher Spannungen, um Konflikte zu ver-

hindern. Dies geschieht mit grenzüberschreitenden Dialogen, die helfen, Vertrauen aufzubauen und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gemeinschaften zu fördern. Veränderungen im Verhalten sind heute schon sichtbar: Streitigkeiten, die früher häufig zu gewaltsamen Konflikten eskalierten, werden heute im Gespräch zwischen Gemeinschaften geregelt. Dank dieser neuen Dynamik konnte ein tadschikischer Bewässerungskanal durch ein tadschikisches Gebiet gebaut werden.

Die DEZA unterstützt die verschiedenen Bevölkerungsgruppen dabei, im Hinblick auf gemeinsame Ziele zusammenzuarbeiten. Dutzende von kirgisischen und tadschikischen Frauen lernten zudem, gemeinsam Solarkocher zu bauen. Mit solchen Kursen konnten die Lebensbedingungen ihrer Familien verbessert und Beziehungen zwischen den Gemeinschaften hergestellt werden.

SCHWEIZER SOFORTHILFE IN HAITI

Im Herbst 2016 fegte Hurrikan Matthew über die Karibik und hinterliess in Haiti eine Spur der Verwüstung. Die Schweiz leistete als eines der ersten Länder lebenswichtige Hilfe vor Ort.



Am 4. Oktober 2016 fegte der Wirbelsturm Matthew mit über 250 Stundenkilometern über den Südwesten Haitis hinweg. Er forderte mehr als 1000 Todesopfer und richtete grossflächige Schäden an. Wie schon nach dem Erdbeben 2010 wurden in der betroffenen Region fast 90 Prozent aller Behausungen zerstört. Regenfälle führten zudem zu sintflutartigen Überschwemmungen und Erdbeben.

Kurz nach der Wiedereröffnung des Flughafens von Port-au-Prince entsendete die DEZA am 7. Oktober ein Einsatzteam des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH), um für die Bevölkerung vor Ort lebensrettende Nothilfe zu leisten.

Im Zentrum der Hilfsaktion stand der Zugang zu Trinkwasser und Notunterkünften. Das Einsatzteam stellte innert kürzester Zeit Wasseraufbereitungsanlagen und

Trinkwassertanks für insgesamt 46 000 Personen bereit. Gleichzeitig verteilte es Plastikplanen und Blechdächer, um 11 000 obdachlosen Familien eine vorübergehende Unterkunft zu bieten. Im Rahmen des «Cash for Work»-Programms der DEZA erhielten über 2000 Haitianerinnen und Haitianer ein Einkommen, indem sie sich an den Aufräumarbeiten beteiligten.

Die Kosten der Schweizer Hilfsaktion beliefen sich auf 3,6 Millionen Franken. Die Hälfte entfiel auf Beiträge an das Welternährungsprogramm (WFP), die Internationale Föderation des Roten Kreuz (IFRC) und das Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS).

Als wirkungsvoll erwies sich auch die Arbeit der DEZA nach dem verheerenden Erdbeben im Jahr 2010. Alle Schulgebäude, die damals von Schweizer Expertinnen und Experten gebaut wurden, konnten dem Wirbelsturm standhalten.

AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2016



► **Asien:**

Das **Schulwiederaufbau- und Renovationsprogramm** nach den verheerenden Überschwemmungen in **Pakistan** im Jahr 2010 konnte Mitte 2016 abgeschlossen werden. Die 23 wieder aufgebauten Schulen im Distrikt Swat und die 60 renovierten Schulen im Distrikt Char-sadda ermöglichten über 15000 Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften ein sicheres Lern- und Lehrumfeld. Neben den finanziellen Beiträgen an die UNO-Partner WFP und UNHCR sowie an das IKRK, welche mehrheitlich für die Anliegen der intern vertriebenen Bevölkerung und die aus Afghanistan stammenden Flüchtlinge eingesetzt wurden, engagierte die DEZA/HH Gelder im Bereich der Naturgefahrenprävention und unterstützte die Provinzbehörden von KP (Khyber Pakhtunkhwa) und FATA (Federally Administred Tribal Areas) mit Expertenwissen.

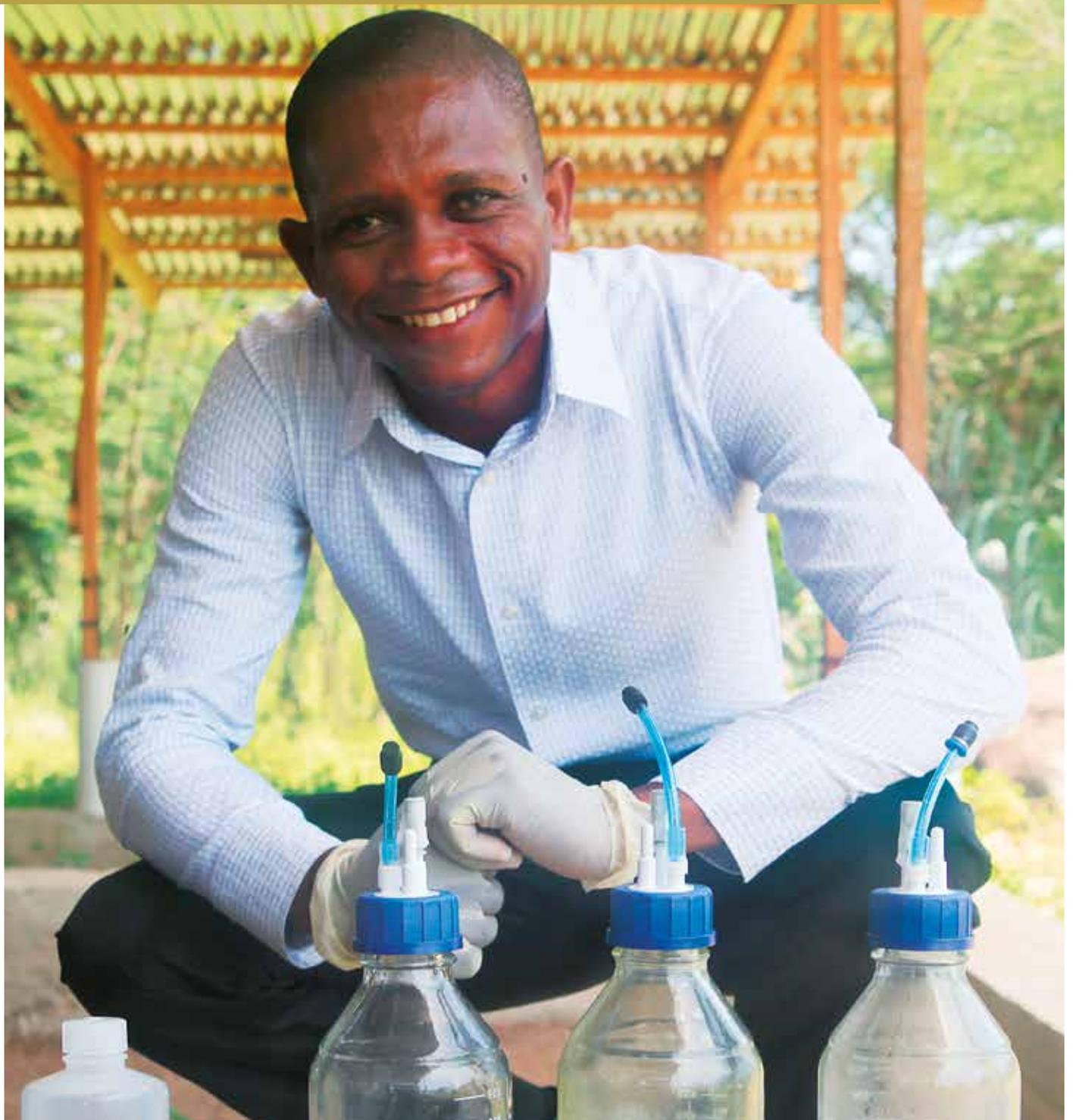
► **Naher und Mittlerer Osten:**

2016 war geprägt von regelmässigen Entsendungen von Expertinnen und Experten für **Wasser und sanitäre Versorgung** des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe. Sie dienten als technische Unterstützung für Notfallmassnahmen bei

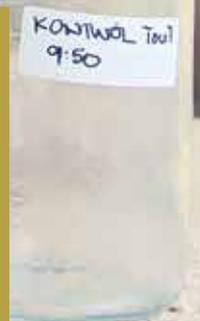
länger anhaltenden Krisen oder bei mehrjährigen Programmen, die zur Verbesserung der Grundversorgung beitragen sollen. So wird im Lager Azraq in **Jordanien** eine nachhaltige Wasserversorgung für mehr als 30000 syrische Flüchtlinge bereitgestellt, und in der Bekaa-Ebene im **Libanon** soll durch eine effizientere Gouvernanz der Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen für mehr als 700000 Personen verbessert werden.

► **Osteuropa:**

Seit Anfang 2015 beliefert die Schweiz die **Wasserwerke** in der Region Donetsk in der **Ukraine**, welche die Mehrheit der Städte auf beiden Seiten der «Kontaktlinie» zwischen den regierungs- und nicht regierungskontrollierten Gebieten mit Trinkwasser versorgen. Die Schweiz war 2016 der einzige Staat, der humanitäre Transporte über die «Kontaktlinie» hinweg organisierte. Im Mai wurden 720 Tonnen Hilfsgüter zur Aufbereitung sowie medizinisches Material in beide Gebiete geliefert. Dies verschaffte fast 4 Millionen Menschen ein Jahr lang Zugang zu sauberem Trinkwasser.



Sichere Abfallbehandlung: Der aus den SOIL EkoLakay-Toiletten gewonnene Kompost wird untersucht um sicherzustellen, dass er keine Krankheitserreger enthält und in der Landwirtschaft eingesetzt werden kann. Sustainable Organic Integrated Livelihoods (SOIL) in Haiti setzt auf die Förderung von ökologischen Toiletten und arbeitet dabei mit lokalen Gemeinschaften zusammen. Es ist eines der sozialen Unternehmen, welches die DEZA unterstützt. Die DEZA arbeitet mit der Privatwirtschaft zusammen, um Entwicklungsschritte zu erzielen. Damit leistet die Schweiz einen Beitrag zu den Anstrengungen privatwirtschaftlicher Organisationen, insbesondere von Ashoka und Hystra, die soziale Unternehmen in Lateinamerika ausfindig machen und unterstützen. Soziale Unternehmen, die innovative und nachhaltige Ideen umsetzen, haben grosses Potenzial, was umwelt- und sozialverträgliche Lösungen anbelangt.



INNOVATIVE LÖSUNGEN DES SOZIALEN UNTERNEHMERTUMS

Armut und tiefgreifende Ungleichheiten sind in zahlreichen lateinamerikanischen und karibischen Regionen an der Tagesordnung. Um innovative Lösungsansätze für soziale und ökologische Probleme zu fördern, unterstützt die Schweiz soziales Unternehmertum.

In einem fragilen Staat wie Haiti hindern die wirtschaftliche und politische Instabilität sowie Naturgefahren privatwirtschaftliche Akteure daran, Investitionen zu tätigen. Soziale Unternehmen bilden in einem solchen Fall eine innovative Alternative, dank der die Bevölkerung Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen erhält. Aufgrund der Art und des überschaubaren Radius ihrer Aktivitäten, aber auch aufgrund ihrer lokalen Vernetzung sind solche Unternehmen flexibel und können rasch reagieren. Damit können sie bei der Wiederbelebung der Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielen.

Soziale Unternehmen stellen die sozialen und ökologischen Auswirkungen ins Zentrum ihrer Tätigkeit und tragen dank ihrem unternehmerischen Ansatz zur Lösung von Entwicklungsproblemen bei. Dadurch werden andere Unternehmen ermutigt, ihre Ideen zu kopieren und zu verbessern. Soziale Unternehmen sind wirtschaftliche Nischenakteure, bilden aber eine wachsende Gemeinschaft mit grossem Potenzial für innovative Lösungen, mit denen die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 gelöst werden können.

EkoLakay, die ökologische Toilette

In vielen Entwicklungsländern wird die Sanitärversorgung von privaten Unternehmen übernommen und bildet einen Luxus, der für die Mehrheit der Bevölkerung ausser Reichweite liegt. Die verwendete Technologie hat einen hohen Wasserverbrauch und führt oft dazu, dass krankheits-erregende Abwasserprodukte in benachteiligte

Quartiere oder Wasserökosysteme gelangen. «In Haiti werden über 99 Prozent der menschlichen organischen Abfälle nicht entsorgt, was verheerende Auswirkungen auf die Umwelt und die öffentliche Gesundheit hat», erklärt Sasha Kramer, Mitgründerin von Sustainable Organic Integrated Livelihoods (SOIL). Sasha Kramer ist eine der fünf jungen Sozialunternehmerinnen und -unternehmer, die von der DEZA jedes Jahr in Lateinamerika unterstützt werden. Ihr Unternehmen SOIL setzt sich mit ökologischen Sanitärsystemen für Gesundheit und nachhaltige Lebensgrundlage in Haiti ein. Die Haupttätigkeit von SOIL ist der «Poop Loop», ein Prozess, mit dem organische Abfälle menschlichen Ursprungs in Kompost verwandelt werden. SOIL stellt allgemein zugängliche Trockentoiletten her, die sogar in dicht besiedelten Armenquartieren ohne Infrastruktur funktionieren.

Soziale und ökologische Auswirkungen

Die EkoLakay-Toiletten von SOIL sind eine innovative Dienstleistung, die entlang des ganzen Prozesses neue Einkommensquellen schafft. Für ungefähr fünf Dollar im Monat kann eine haitianische Familie Toiletten mieten, die von Unternehmen aus der Region unter Verwendung lokaler Materialien gebaut werden. «Mir gefällt an EkoLakay, dass die Abfälle jede Woche bei mir zu Hause abgeholt werden und dass ich gleichzeitig wieder trockene Behälter und Trockenstreu erhalte. Es ist fantastisch, dass wir eine so zuverlässige Dienstleistung erhalten, die meine Familie, meine Gemeinschaft und die Umwelt schützt», erklärt Jean Marie Hoel, Kunde von EkoLakay in



SOIL-Angestellte liefern eine EkoLakay-Toilette und neues Trockenstreu.

Port-au-Prince. Und Sasha Kramer fügt hinzu: «Die Abfälle werden zu Kompost verarbeitet, der an Bauern oder Wiederaufforstungsprojekte verkauft wird, was Einnahmen zur Förderung der Sanitärversorgung generiert.»

«Soziale Unternehmen stellen die sozialen und ökologischen Auswirkungen ins Zentrum ihrer Tätigkeit und tragen dank ihrem unternehmerischen Ansatz zur Lösung von Entwicklungsproblemen bei.»

Soziale Unternehmen entwickeln ihre Lösungen aufgrund ihrer Wahrnehmung der lokalen Bedürfnisse. «Die Vision, für die sich SOIL einsetzt, ist die Vision einer Welt, in der alle über menschenwürdige Sanitäranlagen verfügen und in der organische Abfälle menschlichen Ursprungs nicht mehr ein Problem für die öffentliche Gesundheit, sondern eine umweltfreundliche Lösung sind. Wir glauben, dass wir mit der Umsetzung dieser Vision nicht nur die öffentliche Gesundheit und die Bodenfruchtbarkeit verbessern, sondern auch Erwerbsmöglichkeiten im Bereich der Sanitärversorgung schaffen, so dass das wichtigste Ergebnis

der Erbringung von sozialen Dienstleistungen die Schaffung von Arbeitsplätzen ist», erklärt Sasha Kramer. Um ihre Vision zu realisieren, musste Sasha Kramer teilweise ihr Geschäftsmodell überdenken und die Geschäftsführung verbessern. In zehn Jahren hat sich ihr Unternehmen zu einer anerkannten Organisation entwickelt, die nach dem Durchzug des Hurrikans Matthew aus der ganzen Welt Spenden für Hilfsoperationen erhielt.

«Damit sie soziale Unternehmen finden, Bedürfnisse ermitteln und massgeschneiderte Unterstützung leisten kann, arbeitet die DEZA mit Ashoka zusammen, dem grössten Netzwerk für soziale Unternehmen der Welt.»

Eine sinnvolle Partnerschaft mit Ashoka

Damit sie soziale Unternehmen finden, Bedürfnisse ermitteln und massgeschneiderte Unterstützung leisten kann, arbeitet die DEZA mit Ashoka zusammen, dem grössten Netzwerk für soziale Unternehmen der Welt. Ashoka arbeitet mit potenziellen Geldgebern und führenden Unter-



Der «Poop Loop» ist ein Prozess, bei dem menschliche Exkremente in Kompost verwandelt werden.

nehmen aus dem sozialen und privaten Sektor zusammen. Über 3000 sogenannte Ashoka Fellows in 85 Ländern leiten Unternehmen mit sozialem Zweck.

Soziale Unternehmer wie Sasha Kramer, die während drei Jahren Beiträge der DEZA erhalten und von Betreuung und Unterstützung durch Partner von Ashoka profitieren wollen (Beratung zu Strategien, Rechtsfragen und Kommunikation), müssen strenge Selektionskriterien erfüllen. Dazu gehören Belege für die Wirkung des Projekts, eine nachhaltige Entwicklungsstrategie, eine Studie zum Veränderungspotenzial einer Branche oder eines ganzen Wirtschaftssektors sowie persönliche Eigenschaften wie Kreativität, unternehmerische Fähigkeiten und ethisches Engagement.



Eine Angestellte der SOIL-Kompostanlage füllt Behälter mit Zuckerrohrbagasse, die zum «Spülen» der EkoLakay-Toiletten verwendet wird.

ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENSTLEISTUNGEN

- Gesundheit
- Nachhaltige Wassernutzung und Siedlungshygiene
- Grund- und Berufsbildung
- Nachhaltige Landnutzung

Die Verbesserung des Zugangs zu Ressourcen und Dienstleistungen zielt primär auf die nachhaltige Verminderung von Armut ab. Mit «Ressourcen» sind unter anderem menschliche Behausung, genügend Nahrung, sauberes Wasser und Chancen auf dem Arbeitsmarkt gemeint. Unter «Dienstleistungen» wird das Bildungs- und Gesundheitssystem eines Landes verstanden.

Eine effektive Bekämpfung der Armut bedingt eine längerfristig angelegte Zusammenarbeit. Aus Gründen der Wirksamkeit und der Kosteneffizienz setzt die Schweiz dabei geografische Prioritäten und konzentriert sich auf ausgewählte Schwerpunktländer und -regionen.

MÄNNER UND JUNGEN STEHEN EIN FÜR GEWALTPRÄVENTION GEGEN FRAUEN

Geschlechtsspezifische Gewalt ist nicht nur eine Menschenrechtsverletzung, sondern auch ein Hindernis für nachhaltige Entwicklung.



Die Statistiken sind erschreckend: Jede dritte Frau hat in ihrem Leben schon einmal Gewalt erfahren. Dies betrifft Frauen auf der ganzen Welt und über alle sozia-

len Schichten hinweg. Die DEZA setzt sich in einem Dutzend Länder – mehrheitlich konfliktbetroffenen und fragilen Ländern – für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ein. Sie gibt dafür jährlich rund 10 Millionen Franken aus. Die DEZA-Programme unterstützen Frauen aber auch dabei, sich gegen die Straflosigkeit der Täter zu wehren und sich wieder im sozialen und wirtschaftlichen Leben zurechtzufinden.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine nachhaltige Rehabilitation ist der Einbezug von Männern und Jungen in die Gewaltpräventionsprogramme. So werden in Burundi und Rwanda betroffene Ehepaare, denen es in oft langen Prozessen gelingt, die Gewaltmuster in der Familie aufzubrechen, als positive Rollenmodelle angesehen. In Bolivien, der Mongolei, Tadschikistan und in Bosnien Herzegowina

setzen sich ausserdem junge Männer kritisch mit chauvinistischen, gewaltgeprägten Männlichkeitsbildern auseinander und suchen nach einer neuen Identität, die nicht frauenverachtend ist.

Weltweit haben 125 Staaten Gesetzgebungen, die Opfer schützen und Täter bestrafen. Die DEZA unterstützt ihre Partnerländer bei der Umsetzung solcher Gesetze. Im Kongo und in Afghanistan zum Beispiel organisieren unsere Partner Ausbildungen für die Polizei, um sie über ihre Schutzrolle aufzuklären. Zudem werden weibliche Polizeikräfte vermehrt rekrutiert. Der Dialog mit lokalen Führern und religiösen Würdenträgern ist wiederum eine wichtige Strategie im Ost-Kongo, wo staatliche Gesetze oft wenig zählen. Rechtliche Normen, Schutz und Gerechtigkeit müssen mit lokaler Tradition verhandelt und in Einklang gebracht werden, um Gewalt gegen Frauen wirkungsvoll zu bekämpfen.

BEILEGUNG VON WEIDEKONFLIKTEN

Im Niger trägt die Schweiz zur Sicherung von Weidekorridoren bei, um Konflikte zwischen nomadischen und sesshaften Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Die Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs durch die Verbesserung des Zusammenlebens zwischen sesshaften Bauern und nomadischen Viehzüchtern ist eine Priorität des Projekts der DEZA zur Unterstützung der Viehwirtschaft im Niger, wo eine wesentliche Teil der Bevölkerung von Ackerbau und extensiver Viehwirtschaft lebt. Die Wanderweidewirtschaft (70% der Herden) führt zu wiederkehrenden, teilweise tödlichen Konflikten und grossen finanziellen Verlusten. Die Auslöser: der Druck auf die natürlichen Ressourcen aufgrund der Ausweitung der Anbauflächen, das starke Bevölkerungswachstum und der Klimawandel. Die nomadischen Viehzüchter werden auch Opfer von bewaffneten Gruppen aus dem Norden und sind gezwungen, mit ihren Herden zu fliehen.

Seit mehreren Jahren setzt sich die DEZA gemeinsam mit der Bevölkerung und den lokalen Behörden für den Ausbau und die Sicherung von Weideflächen ein, auch in Grenzgebieten. Sie unterstützt die Festigung des ländlichen Bodenrechts und die Umsetzung der Verordnung, die

nomadischen Bevölkerungsgruppen das Recht garantiert, sich frei zu bewegen. Die Ergebnisse sind greifbar: 2000 Hektar Weideland wurden wiederhergestellt, 4000 km Wege ausgeschildert und in einem Verzeichnis erfasst, über 100 Brunnen zementiert und Bodenkommissionen eingesetzt, die Konflikte behandeln und verhindern. Dieses System ist für den ganzen Kontinent beispielhaft.



AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2016



► **Lateinamerika:**

In **Peru** wurden die **Wasserleitungs- und Kundenkataster** von Paita und Talara aktualisiert und modernisiert. Zudem wurden Messung und Analyse von produzierten und konsumierten Wassermengen systematischer durchgeführt sowie Lecks besser erkannt und behoben. Auch die Kundenkommunikation wurde verbessert. Dank diesen Massnahmen konnten die Wasserverluste von 2015–2016 in Paita um 19 Prozent und in Talara um 6 Prozent verringert werden. Die bei Kunden und Kundinnen in Rechnung gestellte Wassermenge konnte im gleichen Zeitraum um 8 Prozent resp. 10 Prozent gesteigert werden.

► **Afrika:**

In dem von Gewalt und Extremismus immer stärker betroffenen westafrikanischen Land **Tschad** gibt es zumindest im Bereich der **Grundbildung** einen Lichtblick: Fast 200 000 Kinder, wovon fast die Hälfte Mädchen, konnten 2016 eine der rund 800 Primarschulen besuchen, welche die DEZA unterstützt. Das ist im Vergleich zu 2015 eine Steigerung um 180 Prozent. Die hohe Analphabetenrate konnte damit etwas gesenkt werden, bleibt aber mit über 70 Prozent immer noch eine der höchsten der Welt.

► **Afrika:**

Dank Massnahmen der DEZA in verschiedenen Regionen **Tansanias** im Bereich der Ausbildung von Gesundheitspersonal zur Stärkung der Beratungsdienste für werdende Mütter erhielten bis 2016 rund 1,4 Mio schwangere Frauen eine umfassendere **Gesundheitsversorgung**. Die Müttersterblichkeit in den betroffenen Regionen geht seit 2012 nachweislich zurück.

► **Zentralasien:**

In **Tadschikistan** nutzen seit 2013 über 13 000 Personen (72 Prozent Frauen) die **kostenlosen Rechtsberatungen** und die Beratungsdienstleistungen für Opfer häuslicher Gewalt. Es ist das erste Mal, dass arme Menschen Kindergelder, Renten und Rechte erhalten, namentlich Eigentumsrechte bei Scheidungen, sowie die Möglichkeit, ihre Kinder zur Schule zu schicken.



PFLANZENDOKTOR: EIN BERUF MIT ZUKUNFT

Um Ernteverluste im Zusammenhang mit Krankheiten und Schädlingen zu bekämpfen, unterstützt die Schweiz die Ausbildung von Pflanzendoktoren.

Auf ländlichen Märkten hat sich ein neuer Typ Aussteller etabliert. Hinter einem Tisch, auf dem eine Lupe und Fotos von kranken Gemüsen oder schädlichen Insekten liegen, sitzen Pflanzendoktoren, die Bäuerinnen und Bauern beraten, wie sie ihre Ernten schützen können. Wenn der Pflanzendoktor eine verkümmerte Wurzel oder eine deformierte Frucht untersucht, erhält die Bäuerin oder der Bauer präzise Informationen zu den Krankheiten in seinen Pflanzungen und zu Mitteln, um diese zu verhindern und zu behandeln.

«In vielen Ländern ist es das erste Mal, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in ihrer Nähe Zugang zu individueller Beratung haben.»

Die Idee für diese neuartigen Ärzte entstand im Rahmen von Plantwise, einem Programm, das vom Centre for Agriculture and Biosciences International (CABI) lanciert wurde und von der DEZA unterstützt wird. CABI ist in 34 Entwicklungsländern tätig und funktioniert ähnlich wie

ein dezentrales Gesundheitsnetz, das sich auf lokale Kliniken stützt. Dazu bildet es ländliche Berater zu Pflanzendoktoren aus, so dass sie Pflanzenkrankheiten diagnostizieren und schädliche Insekten oder Tiere identifizieren können. In vielen Ländern ist es das erste Mal, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in ihrer Nähe Zugang zu individueller Beratung haben.

Bei jedem Kontakt sammelt der Pflanzendoktor Daten zu Schädlingen, Krankheiten usw., mit denen er eine globale Datenbank füttert, die allen Mitgliedern des Netzwerks zugänglich ist. So erhalten sie wesentliche Informationen, die es ihnen ermöglichen, rasch auf die Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten in den wichtigsten Pflanzenkulturen zu reagieren und die Ernteverluste zu senken. Plantwise arbeitet zudem mit nationalen und internationalen Laboratorien zusammen, die zusätzliche Diagnostikleistungen erbringen.

Das Programm hat einen rasanten Aufschwung erlebt. Im Jahr 2011, ein Jahr nach der Lancierung, hatten schon über 180 Kliniken in 16 Ländern ihre Tätigkeit

aufgenommen. Heute sind es über 1800. In wenigen Jahren wurden über 5000 Pflanzendoktoren ausgebildet, die über 4,5 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern beraten. Im Jahr 2015 zeigten sich über 95 Prozent der Kunden zufrieden mit dem Dienstleistungsangebot und fast 80 Prozent hatten die erhaltenen Ratschläge angewendet und eine signifikante Zunahme der Ernten festgestellt.

«In wenigen Jahren wurden über 5000 Pflanzendoktoren ausgebildet, die über 4,5 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern beraten.»

Am 9. März 2016 wurde das Programm Plantwise zum Gewinner des renommierten DAC Prize 2015 der OECD gewählt, eines Preises, der die Skalierung von Innovationen fördern möchte, um grosse Entwicklungsrückstände zu überbrücken.

BIO-PRODUKTION IN DEN TROPEN

Trägt biologische Landwirtschaft in den Tropen zur Ernährungssicherheit bei? Ein von der Schweiz mitfinanziertes Forschungsprojekt liefert erste vielversprechende Resultate.



Bietet die biologische Landwirtschaft im Vergleich zu konventionellen Anbaumethoden auch für Bäuerinnen und Bauern in tropischen Gebieten Vorteile? Dieser Fragestellung geht das Schweizer Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) gemeinsam mit Forschungsinstituten aus Partnerländern in Afrika und mit der Unterstützung der DEZA nach.

In Kenia wird beispielsweise seit 2007 der biologische und konventionelle Anbau von Mais und verschiedenen Gemüsearten verglichen. Erforscht wird nicht nur Qualität und Grösse der Erträge, sondern auch wie sich die verschiedenen Anbausysteme auf die Bodenfruchtbarkeit auswirken.

Die ersten Resultate sind vielversprechend. Die Erträge von biologisch angebautem Mais – ein für die Region wichtiges Grundnahrungsmittel, das auch vermarktet werden kann – sind nach der Umstellungsphase auf biologische Methoden mit dem konventionellen System vergleichbar. Da die Inputkosten bei Bioprodukten niedriger sind als bei konventionellen Produkten, steigen bei gleichen Erträgen die Einkünfte der Bäuerinnen und Bauern. Können sie den Bio-Mais

zu einem höheren Preis verkaufen, ist die Umstellung noch profitabler. Auch die Bodenfruchtbarkeit hat sich unter dem biologischen System stark verbessert.

Zusätzlich zu den Forschungsaktivitäten entwickeln die Forscherinnen und Forscher gemeinsam mit den betroffenen Bäuerinnen und Bauern praktische und an den lokalen Kontext angepasste Bewirtschaftungsmethoden. Zum Beispiel wird Kompost hergestellt. Diese Methoden führen sowohl zu einem höheren Ertrag als auch zur weiteren Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit. So wirken sie sich auch positiv auf die Ernährungssicherheit aus.

Diese wissenschaftlich fundierten Resultate belegen das Argument, dass ökologisch nachhaltige und biologische Anbausysteme noch mehr auf nationaler und internationaler Ebene in Landwirtschaftspolitiken verankert werden sollten.

AUFBRUCH IN BILDERN: WIEDERAUFBAU IN MALI

Die Menschen in Mali ziehen in Form einer Fotoausstellung Bilanz zur Lage der Nation – und verspüren wieder Hoffnung.

Die Schweiz hat mit dem Projekt «Appui à la Relance Socio-Economique du Nord (ARSEN)» als eine der ersten Entwicklungsorganisationen im Jahr 2013 ein Wiederaufbauprogramm in Mali lanciert. Damit unterstützt sie Menschen in Youwarou, Niafunke und Timbuktu, die infolge der Unruhen im Land ihre Lebensgrundlage verloren hatten. Im Rahmen des Projekts wurden Schulen, öffentliche Gebäude und Bewässerungsanlagen wieder aufgebaut. Davon profitieren rund 30 000 Menschen. Unter ihnen auch viele Vertriebene und Flüchtlinge.

Nach der Umsetzung des Programms haben lokale Fotografen die Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Umgebung in Bildern dokumentiert. Diese zeigen positive Veränderungen und machen die kulturelle Identität sichtbar, weisen aber auch auf den immer noch schwierigen Alltag der Menschen hin.

Bei Malierinnen und Maliern, die das Zentrum und den Norden des Landes aus Sicherheitsgründen seit Jahren nicht mehr besuchen können, lösen diese Bilder starke Emotionen aus: «Die Fotografien erlauben uns, in einen Alltag hineinzusehen, der Glücksgefühle zeigt. Anders, als über diese Menschen, die dort in der Krise leben, sonst berichtet wird», sagt eine Besucherin der Vernissage. Die Bilder würden von einem Leben erzählen, das wieder voller Farben und Gerüche sei, in

denen sich die wiedergewonnene Hoffnung widerspiegeln. Und vom Willen, nicht die Arme zu verschränken, sondern zusammen vorwärts zu kommen, um gegen Fatalismus und Armut zu kämpfen.

Der über die Grenzen Malis hinaus bekannte Kunstprofessor und Galerist Chab Touré entwarf das Ausstellungskonzept. Während vier Monaten war die Wanderausstellung «Aufbruch in Bildern» («La RELANCE en IMAGES») unterwegs in Mali.



MESSUNG UND VERBESSERUNG DER WIRKSAMKEIT: DAS BEISPIEL NIGER

Anhand der Empfehlungen der Evaluation ihres Programms zur Verbesserung der Qualität der Bildung im Niger konnte die DEZA die Wirksamkeit ihrer Aktivitäten deutlich verbessern.

Um die festgelegten Ziele zu erreichen, führte die internationale Zusammenarbeit der Schweiz Kontrollmechanismen ein, die dazu dienen, ihre Programme während der Durchführungsphase zu begleiten und deren Wirksamkeit zu messen. Die internen und externen Evaluationen sind solche Managementmassnahmen zur Messung der Ergebnisse. Sie erlauben Korrekturen an den laufenden Aktivitäten und eine Erweiterung des Spektrums aktueller und zukünftiger Projekte.

«Das 2011 lancierte Programm der DEZA zur Verbesserung der Bildungsqualität im Niger wurde aufgrund der Ergebnisse der 2014 durchgeführten externen Evaluation angepasst.»

Die DEZA führt jedes Jahr über 100 Projektevaluationen mit externen Expertinnen und Experten über ihr gesamtes Portfolio durch. Gemäss einer Analyse weisen 80 bis 85 Prozent der evaluierten Projekte der DEZA zufriedenstellende bis sehr gute Ergebnisse auf. Was die übrigen 15 bis 20 Prozent anbelangt, konnte die DEZA entsprechende Massnahmen ergreifen, die Aktivitäten oder Ziele neu definieren oder sogar gewisse Projekte einstellen.

Das 2011 lancierte Programm der DEZA zur Verbesserung der Bildungsqualität im Niger wurde aufgrund der Ergebnisse der 2014 durchgeführten externen Evaluation angepasst. Die Evaluation hob Stärken und Schwächen des Projekts hervor und zeigte Verbesserungspotenzial auf. In der laufenden zweiten Phase des Programms liegt der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Qualität des nigrischen Bildungssystems. Obwohl im Niger die Bruttoschulbesuchsquote steigt, verlassen immer noch mehr als 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule, ohne die grundlegenden Kompetenzen, namentlich in Mathematik und Französisch, erworben

zu haben. Dank dem Programm wurden 4500 Schülermentorinnen und -mentoren ausgebildet, und 13400 Lehrkräfte erhielten eine Weiterbildung.

Mitwirkung aller Akteure des Bildungssystems

Die Evaluation zeigte, dass die Massnahmen im Bereich der Lehrerausbildung, die den Schwerpunkt des Projekts bildete, nicht ausreichend waren, um den Wissenserwerb bei den Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Aus diesem Grund wurde das Programm erweitert, um alle Akteure des Bildungssystems zu integrieren. Dabei wird auf einen systemischen Ansatz zur Verbesserung der Bildungsqualität gesetzt. Heute nehmen 22 Gemeinden und rund 300 dezentrale Schulkomitees aktiv am Programm teil. Dadurch werden die dezentralen Strukturen und die Eltern in den Schulbetrieb und die Beurteilung der Lehrpersonen einbezogen. Mit den Akteuren vor Ort (Regionaldirektionen, Gemeinden, Lehrerseminare) werden Verträge unterzeichnet, um ihr Verantwortungsbewusstsein zu stärken.

«Dank dem Programm wurden 4500 Schülermentorinnen und -mentoren ausgebildet, und 13400 Lehrkräfte erhielten eine Weiterbildung.»

Der Beitrag an den gemeinsamen Bildungsfonds

Die Evaluation zur Wirksamkeit des Programms ergab eine weitere Schwachstelle: Die DEZA wird zu wenig in die Überlegungen über die Ausrichtung des nigrischen Bildungssystems einbezogen. Um die nationale Politik des nigrischen Staates zu stärken, nimmt die DEZA seit 2014 gemeinsam mit der Globalen Partnerschaft für Bildung und der französischen Entwicklungsagentur (AFD) am

gemeinsamen Bildungsfonds teil. Der Fonds verfügt über Mittel in der Höhe von 100 Millionen US-Dollar. Der Beitrag der DEZA beläuft sich auf fünf Millionen Franken. Diese Beteiligung stärkt die Rolle der Schweiz: «Wir wollen über den politischen Dialog die Qualität des nigrischen Bildungssystems stärken und Bildungsalternativen einführen, die auf den Kontext abgestimmt sind», erklärt Chantal Nicod, Chefin der Abteilung Westafrika der DEZA.

«Die Berücksichtigung der sicherheitsrelevanten Aspekte führte zu einer Anpassung des Engagements der DEZA hin zu einem Notprogramm, das in Zusammenarbeit mit der Humanitären Hilfe der Schweiz durchgeführt wird.»

Anpassung an die Sicherheitslage

Die Evaluation von 2014 ergab zudem, dass das Programm die Notlage in der Region Diffa im Osten des Landes berücksichtigen muss. Der Klimawandel und die Präsenz bewaffneter Gruppen sind Ursachen für die Nahrungsmittelkrise und die massiven Vertreibungen: In der Region Diffa können Tausende Flüchtlingskinder und vertriebene Kinder nicht zur Schule gehen. Die Berücksichtigung der sicherheitsrelevanten Aspekte führte zu einer Anpassung des Engagements der DEZA hin zu einem Notprogramm, das in Zusammenarbeit mit der Humanitären Hilfe der Schweiz durchgeführt wird. Programmschwerpunkt bildet die Unterstützung von Schulen für vertriebene Kinder und von regionalen Strukturen der Bildungsverwaltung. Mobile Klassenzimmer wurden eingerichtet, um den Kindern einen sicheren Zugang zum Schulunterricht zu gewährleisten. Dank dem Programm konnten 10000 vertriebene Kinder wieder eingeschult werden.



Das Programm zur Verbesserung der Bildungsqualität im Niger erleichtert den Zugang zur Schule für Mädchen.



In der Region Diffa unterstützt das Programm insbesondere Schulen, die vertriebene Kinder aufnehmen.

SCHWERPUNKTLÄNDER UND -REGIONEN DER DEZA UND DES SECO 2016

DEZA		2016	2015	
Schwerpunktländer und -regionen Süd		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Grosse Seen ¹	34.0	32.2	1
	Südliches Afrika ²	26.1	29.0	2
	Tansania	26.1	26.3	3
	Horn von Afrika ³	23.4	21.7	4
	Mosambik	22.4	28.8	5
	Mali	22.0	22.0	6
	Niger	21.4	22.6	7
	Tschad	21.0	18.8	8
	Benin	20.8	18.6	9
	Burkina Faso	20.2	21.3	10
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Nordafrika ⁴	15.2	19.0	1
	Besetztes Palästinensisches Gebiet	15.0	14.6	2
Lateinamerika	Zentralamerika ⁵	35.8	37.4	1
	Bolivien	21.3	29.4	2
	Kuba	13.7	9.3	3
	Haiti	7.1	6.3	4
Asien	Mekong ⁶	68.7	65.5	1
	Nepal	40.9	38.7	2
	Hindukusch ⁷	35.8	38.9	3
	Bangladesh	27.3	30.9	4
	Mongolei	20.7	23.3	5

SECO		2016	2015	
Schwerpunktländer Süd		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Ghana	11.9	17.3	11
	Südafrika	7.2	11.8	12
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Tunesien	7.9	13.3	3
	Ägypten	3.3	7.8	4
Lateinamerika	Peru	17.6	19.5	5
	Kolumbien	15.8	10.1	6
Asien	Vietnam	31.2	18.2	6
	Indonesien	23.8	16.6	7

EU-Erweiterungsbeitrag DEZA/SECO

Osteuropa/ GUS	Polen
	Litauen
	Ungarn
	Rumänien
	Slowakei
	Tschechien
	Bulgarien
	Lettland
	Estland
	Zypern
	Slowenien
	Malta

DEZA		2016	2015	
Humanitäre Hilfe Haupteinsatzgebiete		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Horn von Afrika ⁸	20.1	28.4	A
	Südsudan	19.4	24.9	B
	Tschadsee ⁹	19.0	13.9	C
	Grosse Seen ¹⁰	11.9	11.2	D
	Sudan	8.6	13.3	E
	Zentralafrikanische Republik	6.4	9.2	F
	Mali	6.1	6.9	G
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Mittlerer Osten ¹¹	59.7	89.2	H
	Besetztes Palästinensisches Gebiet	11.8	12.0	I
	Nordafrika ¹²	11.8	14.4	J
	Jemen	9.2	10.9	K
Lateinamerika	Kolumbien	11.1	11.3	L
	Haiti	10.8	8.5	M
Asien	Hindukusch ⁷	12.4	9.9	N
	Myanmar	12.3	13.1	O
	Nordkorea	11.5	9.4	P

- ¹ Burundi, Kongo (D.R.), Ruanda
- ² Lesotho, Malawi, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Swasiland
- ³ Äthiopien, Djibouti, Eritrea, Jemen, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan
- ⁴ Ägypten, Libyen, Marokko, Tunesien
- ⁵ Honduras, Nicaragua
- ⁶ Kambodscha, Laos, Myanmar, Vietnam
- ⁷ Afghanistan, Pakistan
- ⁸ Äthiopien, Djibouti, Kenia, Somalia
- ⁹ Kamerun, Niger, Nigeria, Tschad
- ¹⁰ Burundi, Kongo (D.R.)
- ¹¹ Irak, Jordanien, Libanon, Syrien, Türkei
- ¹² Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien
- ¹³ Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan
- ¹⁴ Armenien, Aserbaidshan, Georgien

2016
Mio.
CHF

2015
Mio.
CHF

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12

87.4	73.6
17.1	9.5
13.2	22.6
12.9	18.3
12.8	20.1
12.7	13.8
5.9	5.4
3.8	5.2
3.2	6.0
1.5	0.4
0.2	1.9
-	0.3

DEZA
Schwerpunktländer und -regionen Ost

2016
Mio.
CHF

2015
Mio.
CHF

1
2
3
4
5
6
7
8
9

Osteuropa/ GUS	Zentralasien ¹³	30.8	34.0
	Südkaucasus ¹⁴	17.7	17.2
	Kosovo	17.0	14.7
	Bosnien und Herzegowina	13.8	13.9
	Moldova	13.0	12.8
	Albanien	12.5	11.6
	Serbien	12.2	12.0
	Mazedonien	10.7	10.9
	Ukraine	8.7	8.7

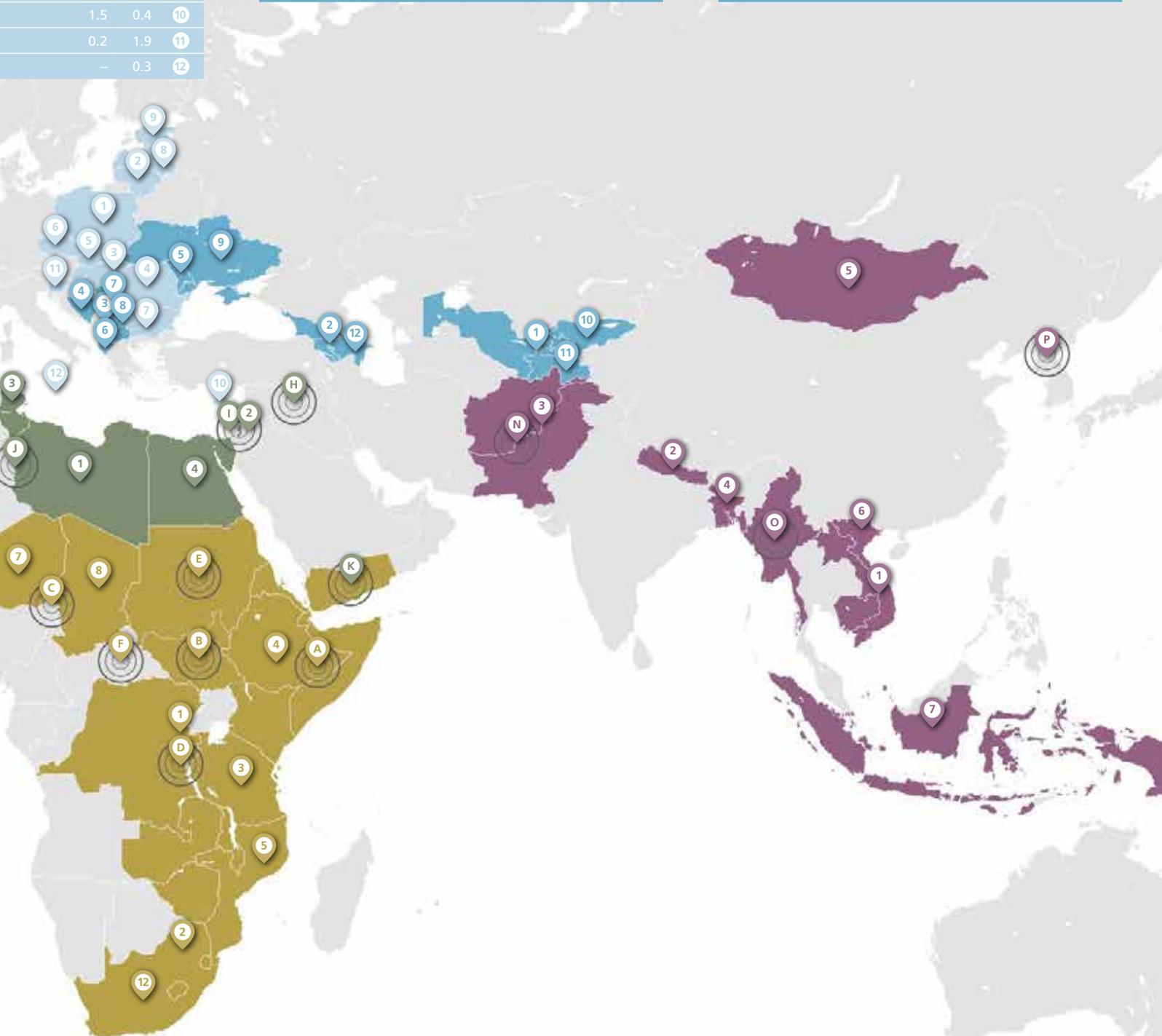
SECO
Schwerpunktländer Ost

2016
Mio.
CHF

2015
Mio.
CHF

9
8
7
10
6
4
11
3
12

Osteuropa/ GUS	Ukraine	14.8	10.4
	Mazedonien	10.7	4.9
	Serbien	10.0	3.6
	Kirgisistan	8.4	12.6
	Albanien	7.8	8.9
	Bosnien und Herzegowina	7.1	7.8
	Tadschikistan	5.3	14.0
	Kosovo	5.1	8.9
	Aserbaidshan	2.7	1.1





Alltagsbürokratie in der Regionalregierung im peruanischen San Martín. Peru ist ein Schwerpunktland der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO. Obwohl die peruanische Wirtschaft in den letzten Jahren stetig gewachsen ist, stellen sozioökonomische Ungleichheiten, tiefe Wettbewerbsfähigkeit und schwache staatliche Institutionen das Land weiterhin vor grosse Herausforderungen. Das SECO unterstützt vor allem den Aufbau von wirtschaftlichen Institutionen, einen wettbewerbsfähigen Privatsektor und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Zwischen 2017 und 2020 sind insgesamt ca. 70 Millionen Franken für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit des SECO mit Peru vorgesehen.

WACHSTUM IN PERU – AUCH DANK REFORMEN IM ÖFFENTLICHEN FINANZWESEN

Zur Armutsbekämpfung setzt die Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Wie das Beispiel Peru zeigt, gehören solide und gut verwaltete öffentliche Finanzen genauso dazu wie ein wachstumsfreundliches Umfeld.

Peru verzeichnet seit einigen Jahren ein bemerkenswertes Wirtschaftswachstum. Wesentlich dazu beigetragen hat der gesteigerte Rohstoffhandel. Gleichzeitig baut das Land zielstrebig und mit bemerkenswertem Erfolg ein System auf, mit dem es seine Staatsfinanzen effizient und transparent bewirtschaftet. Diese Faktoren führten dazu, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum Perus erheblich verbessert hat. Davon profitiert auch die Bevölkerung in abgelegenen Gebieten, etwa durch neue Schulen und Gesundheitszentren oder Investitionen in Abwasserversorgung und Müllentsorgung oder in den Bau und Unterhalt von Strassen. Somit hat sich Peru in nur wenigen Jahren vom Entwicklungsland zum pulsierenden Schwellenland entwickelt. Heute gehört es sogar zu den wenigen Ländern Lateinamerikas, die regelmässig einen Überschuss in der Staatskasse ausweisen.

Wie gut werden die Finanzen verwaltet?

Experten sind sich einig, dass gut verwaltete öffentliche Finanzen mitentscheidend sind für die positive Entwicklung eines Landes: Einnahmen- und Ausgabenpolitik müssen nachhaltig gestaltet, Schulden sorgfältig verwaltet, staatliche Beschaffungen sowie Rechnungslegung und Berichterstattung transparent ausgewiesen und die interne und externe Kontrolle verlässlich organisiert werden.

Das SECO hat vor rund zehn Jahren begonnen, Peru auf diesem langen Weg zu unterstützen.

Damals startete das Land eine Prüfung seiner staatlichen Finanzverwaltung und setzte das Analyseinstrument «Public Expenditure and Financial Accountability» (PEFA) ein, das vom SECO mit konzipiert wurde. PEFA ermöglicht es, die Qualität der öffentlichen Finanzverwaltung zu messen und Schwachstellen offen zu legen: Wie glaubwürdig und transparent ist das Staatsbudget? Basieren die jährlichen Voranschläge auf klaren politischen Zielvorgaben? Sind die Staatsausgaben sorgfältig geplant und kontrolliert?

Nachhaltiges Reformprogramm bringt Dienstleistungen für alle

2011 startete Peru ein weitreichendes Reformprogramm. Die Schweiz, die EU, die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank unterstützten die Initiative. Die Reformen zielen darauf ab, die Steuerdisziplin von Wirtschaft und Bevölkerung zu verbessern, die verfügbaren Ressourcen strategisch richtig einzusetzen und staatliche Dienstleistungen zu erbringen, welche die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und ihren Unternehmen besser berücksichtigen. Dazu legt die Regierung gegenüber ihrer Bevölkerung verstärkt Rechenschaft ab: alle Staatsausgaben sollen jederzeit rückverfolgt werden können und die staatlichen Finanzressourcen dadurch berechenbarer werden. So wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihren Staat gestärkt – und ihre Bereitschaft, Steuern zu bezahlen.

Vom Zentrum in die Regionen und Gemeinden

Parallel zu den Reformen in der Zentralregierung unterstützt das SECO Projekte in verschiedenen Landesteilen Perus. In den staatlichen peruanischen Finanzhaushalt sind neben den Ministerien in der Hauptstadt 26 Regionalregierungen und 1834 Gemeindeverwaltungen eingebunden. Es bedeutet eine riesige Herausforderung, alle diese Akteure in ein Reformprogramm einzubinden.

«Das SECO-Programm trainiert regionale Akteure, damit sie nationale Gesetze korrekt umsetzen.»

Konkret werden nun auf regionaler und lokaler Ebene – wiederum mittels PEFA-Analysen – Stärken und Schwächen im Bereich der öffentlichen Finanzen identifiziert und Reformprozesse und Aktionspläne in Gang gebracht. Das SECO-Programm trainiert regionale Akteure, damit sie nationale Gesetze korrekt umsetzen. Das betrifft sowohl die Finanzkontrolle als auch Budgetplanung.

Zudem wurden 2016 erstmals auch zwölf Universitäten zu Budgetfragen ausgebildet, die das erworbene Wissen wiederum an ihre Studierenden weitergeben. Das ist Pionierarbeit und stärkt die Nachhaltigkeit der Massnahmen. Da gerade auf lokaler Ebene Korruption in der öffentlichen Verwaltung ein weitverbreitetes Problem darstellt, integriert das Programm auch eine Komponente, mit der lokale Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ausgebildet werden. Sind die ersten Versuche erfolgreich, sollen die neuen Instrumente landesweit eingeführt werden.

Letztlich geht es darum, dass mit gesunden öffentlichen Finanzen wirksame öffentliche Dienstleistungen finanziert werden können: Auch in abgelegenen Gebieten sollen Kinder und stillende Mütter unkompliziert und schnell einen Arzt aufsuchen können. Auch in Dörfern fernab der Hauptstadt sollen Schülerinnen und Schüler das Schuljahr nicht wiederholen müssen, nur weil es an Lehrerinnen und Lehrern oder Klassenzimmern fehlt.



Treffen mit Beamten der Regionalregierung von La Libertad.

Reformen sind nicht abgeschlossen

Im Juni 2016 wählten Peruanerinnen und Peruaner einen neuen Präsidenten, Pedro Pablo Kuczynski. Seine Regierung will Investitionen in die Infrastruktur weiter ankurbeln und Peru unter die weltweit fünfzig wettbewerbsfähigsten Länder bringen. Das Programm des SECO läuft weiter, aber es ist wichtig, das Vertrauen der neuen Regierung aufzubauen und so die Kontinuität im Programm sicherzustellen. Das braucht viel Zeit und Dialog.

«Durch die Unterstützung der Schweiz und der anderen Geberorganisationen hat Peru seine Finanzpolitik professionalisiert. Seine Bevölkerung profitiert von mehr und besseren Dienstleistungen.»

Durch die Unterstützung der Schweiz und der anderen Geberorganisationen hat Peru seine Finanzpolitik professionalisiert. Seine Bevölkerung profitiert von mehr und besseren Dienstleistungen. Allerdings kann der absolute Zusammenhang zwischen den Reformen und den erreichten Fortschritten nicht überall nachgewiesen werden. Viele unterschiedliche Faktoren spielen eine Rolle. Und nach wie vor lebt ein Viertel der knapp 30 Millionen Peruanerinnen und Peruaner in Armut. Solide öffentliche Finanzen garantieren noch keine guten staatlichen Dienstleistungen, aber sie sind eine wichtige Voraussetzung, damit diese erbracht und auch überprüft werden können. Und sie sind ein wichtiger Faktor für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Steuerung. Diese führen dazu, dass Länder wie Peru



Ein Arzt untersucht ein Mädchen in Abancay, Peru. Mit einem gesunden Staatshaushalt können wichtige öffentliche Dienstleistungen finanziert werden.

Herausforderungen wie Wirtschafts- und Finanzkrisen oder die Folgen des Klimawandels besser begegnen können.

Das Programm in Peru ist ein Beispiel, wie das SECO in seinen Partnerländern stabile volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen fördert, die für ein nachhaltiges Wachstum von zentraler Bedeutung sind. Neben dem Aufbau von wirksamen Institutionen und Dienstleistungen unterstützt es Massnahmen, die mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen und den Handel und die Wettbewerbsfähigkeit sowie eine emissionsarme Wirtschaft stärken.

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

- Finanzstabilität und gute Regierungsführung
- Nachhaltig wachsender Handel
- Entwicklung des Privatsektors und der Finanzdienstleistungen
- Infrastruktur und städtische Entwicklung

Um Armut und Ungleichheiten zu reduzieren, ist ein anhaltendes Wirtschaftswachstum unentbehrlich. Der Privatsektor ist die Hauptantriebskraft für dieses Wachstum. Die Integration in den Weltmarkt verschafft Entwicklungsländern Zugang zu Absatzmärkten und Investitionsquellen.

Die Schweiz setzt sich in Partnerländern für ein nachhaltiges und breit abgestütztes Wirtschaftswachstum ein. Im Fokus stehen dabei die Verwaltung öffentlicher Mittel, die Rahmenbedingungen für private Investitionen, die Stabilität des Finanzsektors, die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen, die Infrastruktur, die Nutzung von Ressourcen, die Handelsliberalisierung und der Arbeitsmarkt.

MEHR TRANSPARENZ IM ROHSTOFFSEKTOR

Die "Extractive Industry Transparency Initiative" (EITI) fördert mehr Transparenz im Rohstoffsektor und dämmt Steuerflucht ein.



Die Schweiz unterstützt ihre Partnerländer darin, die eigenen finanziellen Ressourcen besser zu mobilisieren und auszuschöpfen. Dazu gehört vor allem auch, Steuerflucht und das Umgehen von Steuern im Rohstoffsektor einzudämmen.

Ein Mittel dazu ist die «Extractive Industry Transparency Initiative» (EITI), die vom SECO und der DEZA unterstützt wird. Die Initiative schafft einen globalen Standard für Transparenz im Rohstoffsektor, der von 50 Staaten umgesetzt wird. Sie stellt beispielsweise sicher, dass Steuern und

Zahlungen offengelegt werden, die von Unternehmen an Regierungen fließen. Die Beträge werden mit den Zahlen der Staatseinnahmen abgeglichen. So werden Diskrepanzen identifiziert und unrechtmässige Abflüsse verhindert.

Die Schweiz ist im Verwaltungsrat der EITI vertreten und unterstützt die Initiative unter anderem mit einem direkten Beitrag sowie mit bilateralen Programmen zur Umsetzung des Transparenz-Standards in seinen Schwerpunktländern. Zudem unterstützt sie ein regionales Trainingszentrum der internationalen Nichtregierungsorganisation «Natural Resource Governance Institute» (NRGI) an einer Universität in Baku, Aserbaidschan. Vertreterinnen und Vertreter der staatlichen Verwaltung, der Medien, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft aus den Ländern der Region werden darin geschult, die richtigen Informationen im Zusammenhang mit EITI einzufordern und diese zu interpretieren.

UMWELTVERTRÄGLICHER ZEMENT

Die Schweiz, Indien und Kuba entwickeln eine Zementart, deren Produktion weniger CO₂-Emissionen verursacht als herkömmlich verwendeter Zement.

Die Herstellung von Zement ist für rund 5 bis 8 Prozent der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Aufgrund des enormen Infrastrukturbedarfs – insbesondere in Schwellenländern wie Indien, China oder Brasilien – wird sich die Nachfrage nach Zement bis 2050 weltweit verdoppeln. Dies geht mit einem massiven Anstieg von klimaschädlichen Treibhausgasemissionen einher.

Die DEZA unterstützt die Entwicklung eines neuen Zementtyps namens LC3 (Limestone Calcined Clay Cement). Bei der Herstellung dieses Zements werden bis zu 30 Prozent weniger CO₂-Emissionen verursacht als bei herkömmlichem Zement. Dadurch könnte er im Kampf gegen den Klimawandel einen wichtigen Beitrag leisten. LC3 wurde im Rahmen einer von der DEZA finanzierten Forschungspartnerschaft zwischen der École Polytechnique

Fédérale de Lausanne (EPFL) und Universitäten in Indien und Kuba entwickelt.

Langfristig ist geplant, LC3 in Zementmärkten mit grosser Nachfrage anzubieten. Aus diesem Grund arbeiten die DEZA und das Projektteam mit Vertreterinnen und Vertretern der internationalen Zementindustrie zusammen. Ein wichtiger Schritt besteht darin, den neuen Zementtyp durch die zuständigen Stellen bewilligen zu lassen.

Wenn es gelingt, die Zementindustrie von den Vorteilen dieses neuen Zements zu überzeugen, könnten die globalen Treibhausgasemissionen stark reduziert werden. In Zahlen ausgedrückt sind das 400 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Das entspricht ein Prozent der globalen jährlichen Emissionen oder achtmal der Emissionen der Schweiz.



AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2016



► **Lateinamerika:**

Im Rahmen der Unterstützung der nationalen Wettbewerbsagenda 2014–2018 in **Peru** durch das SECO hat das Secompetitivo Programm im 2016 zur Schaffung von 68 Arbeitsplätzen beigetragen und 3124 **Arbeitsplätze** erhalten. Es handelt sich dabei insbesondere um Arbeitsplätze in den Wertschöpfungsketten Kakao, Bananen und Quinoa, in welchen die Begünstigten über das Secompetitivo Programm Befähigungen und technische Unterstützung erhalten haben.

► **Asien:**

2016 hat sich in **Vietnam** der Zeitraum für die Registrierung neuer Unternehmen von fünf auf drei Tage verkürzt. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 91 765 Unternehmen neu gegründet. Dieses Resultat wird von der Regierung als Champion der nationalen Verwaltungsreform und deren Förderung von **E-Governance** betrachtet. Die Integration von rechtlich verbindlichen Daten in die Datenbasis des nationalen Systems zur Unternehmensregistrierung hat die Transparenz insgesamt stark erhöht.

► **Zentralasien:**

In den letzten zehn Jahren unterstützte die Schweiz in **Usbekistan, Tadschikistan** und **Kirgisistan** Vereinigungen von Wasserverbrauchern und Kleinbauern auf einem Gebiet von über 106 000 Hektar Land. Der Wasserverlust in den Hauptkanälen konnte von 25 auf 13 Prozent halbiert werden. Der **Wasserverbrauch** pro Hektar wurde in Tadschikistan um 50 Prozent und in Usbekistan um 18 Prozent gesenkt. Gleichzeitig wurde die Produktivität der Anbauflächen in den von der Schweiz unterstützten Regionen im Vergleich zu den übrigen Regionen um mehr als 20 Prozent erhöht. Die Wasserkonflikte unter den Bauern konnten dank einer besseren Organisation ebenfalls deutlich vermindert werden.

► **Global:**

Die Schweiz ist Geldgeberin und Mitglied des Leitungsgremiums des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund, GCF). Ziel dieses Fonds ist es, **Antworten auf den Klimawandel** zu geben durch Investitionen in eine emissionsarme und klimaresiliente Entwicklung in den Entwicklungsländern. 2016 beliefen sich die Finanzierungsbeschlüsse auf 1,3 Milliarden US-Dollar. Der Fonds strebt eine stärkere Beteiligung des Privatsektors an, um zusätzliche Gelder für das Klima zu mobilisieren.



Das DEZA-Projekt verhilft armen jungen Menschen zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit durch den Anbau von Himbeeren, die in Südwestserbien zu den traditionellen Produkten gehören. Das Projekt strebt Systemveränderungen in der Himbeerproduktion an, um Jungen und Arbeitslosen den Marktzutritt zu erleichtern. Die Schweiz unterstützt Serbien auf dem Weg zur europäischen Integration, indem sie einen Beitrag zur Demokratisierung des Landes, zur Stärkung seiner Wirtschaft und zur sozialen Integration benachteiligter Gruppen leistet. Sie bietet Unterstützung in den Bereichen lokale Gouvernanz, wirtschaftliche Entwicklung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

SCHLÜSSELSEKTOREN FÜR DEN ARBEITSMARKT

Die jüngste Wirtschaftskrise hatte grosse Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Serbien, insbesondere für die Jugendlichen. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, unterstützt die Schweiz Branchen mit hohem Wachstumspotenzial.

Mit dem Rückgang des Bruttoinlandprodukts, der Zunahme der öffentlichen Verschuldung und der Arbeitslosigkeit sowie der Verstärkung der sozialen Ungleichheiten hatte die Wirtschaftskrise von 2008 beträchtliche Spätfolgen in einem Land, das sich heute erst langsam erholt. Trotz ermutigenden Anzeichen eines Aufschwungs ist die Arbeitslosigkeit immer noch hoch. Eine Arbeit zu finden und genug zu verdienen ist für viele Menschen in ländlichen Gebieten im Süden und Südosten, die oft armutsgefährdet sind, immer noch eine grosse Herausforderung. Jugendliche und Frauen leiden am meisten an dieser Situation: Im Jahr 2013 stellten sie über die Hälfte der Arbeitslosen. Deshalb unterstützen das SECO und die DEZA Projekte, die in strategischen Bereichen der serbischen Volkswirtschaft neue Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven schaffen wollen.

Stärkung der lokalen Unternehmen

In Serbien nutzen bestehende Unternehmen ihr Wachstumspotenzial nur ungenügend, und zahlreiche Start-up-Unternehmen hinterlegen schon kurze Zeit nach der Gründung wieder ihre Bilanz. Serbische Unternehmen haben Schwierigkeiten, im Inland Zugang zu Knowhow, Investitionskapital und Dienstleistungen zu erhalten, die für ihre Entwicklung erforderlich sind. Deshalb trägt das SECO-Programm zur Förderung des Unternehmertums dazu bei, günstige lokale Rahmenbedingungen zu schaffen. Die zahlreichen Massnahmen des Programms sollen langfristig die Erfolgchancen von Unternehmen verbessern. Zu diesem Zweck baut das SECO bestehende lokale Unterstützungsangebote in Serbien aus und ar-

beitet mit Inkubatoren, Investoren, Mentoren, den Medien und der serbischen Diaspora zusammen. Im Jahr 2016 profitierten neunzig serbische Unternehmen von diesem Programm.

Tourismus: eine Wachstumsbranche

In Serbien bildet der Tourismus eine Schlüsselbranche, die mehr als einen von zehn Arbeitsplätzen generiert. Die Winterdestinationen im Südwesten des Landes, die hauptsächlich vom Binnentourismus leben, tragen zum Erhalt zahlreicher Unternehmen und Arbeitsplätze bei. Um die Region noch stärker zu fördern und Schwächen des Sektors zu beheben, unterstützt die DEZA das Projekt eines lokalen Reisebüros für 25 Gemeinden in vier wirtschaftsschwachen Bezirken. Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung neuer Sehenswürdigkeiten sowie auf der Erarbeitung oder Verbesserung von Ausbildungen für das Personal. Das fundierte praxisorientierte Wissen, das die Mitarbeitenden in diesen Ausbildungen erwerben, hilft ihnen, ausgezeichnete Dienstleistungen zu erbringen. Zudem wurden die Daten der Schulferien angepasst, damit sich Familien und Touristen länger in der Region aufhalten und die Wintersaison verlängert werden kann. Dank Hebelwirkung trägt die Zahl der Feriengäste in der Region zum Ausbau des Tourismus bei: In der Wintersaison 2016 wurden 636 neue Arbeitsplätze geschaffen (Zunahme gegenüber dem Vorjahr 6%), und die Lohnsumme stieg um fast 1,73 Millionen Franken (Zunahme um 20% pro Angestellter). Die KMU im Tourismusbereich profitierten ebenfalls von der Verlängerung der Saison und erzielten eine Ertragssteigerung.

Unterstützung der Jungen im Bereich der traditionellen Produkte

Die DEZA ist auch im Bereich der traditionellen Produkte tätig. Dabei konzentriert sie sich auf Nahrungsmittel und unterstützt die Milchwirtschaft, den Obstanbau und die Honigproduktion. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Himbeeranbau im Südwesten des Landes, der sich über eine Fläche von 11 000 Hektar erstreckt (7% der Flächen im Fruchtanbau). Serbien exportiert fast 100 000 Tonnen Himbeeren (22% der Fruchtexporte) und ist damit der grösste Himbeerexporteur der Welt.

«Die zahlreichen Massnahmen des Programms sollen langfristig die Erfolgchancen von Unternehmen verbessern.»

Trotz seines offensichtlichen Potenzials ist der Himbeersektor seit einigen Jahren gefährdet durch den ungenügenden Zugang zu modernen landwirtschaftlichen Technologien, die unbefriedigende Zusammenarbeit zwischen Kleinproduzenten und Käufern sowie der Weigerung älterer Produzenten, den Betrieb an die junge Gene-

ration weiterzugeben. Die Neugründung eines landwirtschaftlichen Betriebs ist komplex: Der Anbau von Himbeeren erfordert spezifisches Knowhow. Nur so können Fehler verhindert werden, die sich teilweise fatal auf die Lebensdauer der Kulturen auswirken. Deshalb wollen die Käufer fast zwangsläufig nur mit erfahrenen Produzenten verhandeln. Ein weiteres Hindernis für den Markteintritt von Jungen in diesem Bereich sind häufig die fehlenden Mittel.

Um die Gründung von neuen Betrieben zu fördern und Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen, unterstützt das Projekt die direktere Zusammenarbeit zwischen Käufern und Produzenten. So können die Käufer die nötigen Mittel bereitstellen, während die Produzenten die Qualität ihres Produkts besser kontrollieren können. Dank diesem Projekt erhielten 519 arbeitslose Jugendliche, darunter ein Viertel Frauen, Himbeerkulturen mit einer Gesamtfläche von 100 Hektar. Eine junge Bäuerin erzählt über ihre Erfahrungen: «Ich war arbeitslos. Meine Familie hatte zuvor nie Himbeeren kultiviert. Ich bin überglücklich, dass ich diese Chancen erhalten habe.» Und sie schliesst optimistisch: «Nächstes Jahr werde ich die Produktion verdoppeln.»

DER SCHWEIZER BEITRAG AN DIE ERWEITERTE EU

Mit dem Erweiterungsbeitrag unterstützt die Schweiz die 13 Staaten, die seit 2004 der Europäischen Union (EU) beigetreten sind. Eine unabhängige Evaluation bescheinigt der DEZA und dem SECO gute Resultate bei der Umsetzung des Schweizer Erweiterungsbeitrags. Insgesamt erhielten 79% der Projekte das Prädikat gut bis sehr gut, und kein Projekt wurde als ungenügend beurteilt. Laut Bericht leisteten die rund 300 Projekte einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den 13 Partnerstaaten. Bei der grossen Mehrheit der Projekte werden die Ziele erreicht oder sogar übertroffen. Die Evaluation empfiehlt für die Zukunft eine Effizienzsteigerung durch verstärkte thematische und geografische Fokussierung.

Der gesamte Evaluationsbericht ist unter www.erweiterungsbeitrag.admin.ch öffentlich zugänglich.





Der Tourismussektor profitierte von der verlängerten Wintersaison und den gestiegenen Gästezahlen.

DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT

- Stärkung der Parlamente, Demokratisierung, Staatsreform
- Förderung der Lokalverwaltung
- Entfaltung von marktwirtschaftlichen Systemen

Die Schweiz unterstützt die Transition zu demokratischen, sozialen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Systemen mit bürgerorientierten Lokalverwaltungen in Ländern des Südens und Ostens. In der Demokratieförderung steht die Stärkung der Parlamente, der Justiz und der guten Regierungsführung im Zentrum. Die Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption ist dabei besonders wichtig. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Privatsektor ist ebenfalls ein zentrales Anliegen des Schweizer Engagements im Transitionsbereich.

BEGLEITUNG VON GEMEINDEFUSIONEN

In Armenien braucht es Gemeindefusionen, um die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern. Dieser Prozess wird aber von der Bevölkerung mit Besorgnis beobachtet.



Die Gebiets- und Verwaltungsgliederung Armeniens ist sehr fragmentiert: Die Hälfte der 915 Gemeinden des Landes weist weniger als tausend Einwohner auf. Aufgrund der Grösse dieser Gemeinden ist ihre Fähigkeit, Einnahmen zu generieren, eine öffentliche Infrastruktur bereitzustellen und zu unterhalten und

die Wirtschaft und soziale Angebote zu fördern, beschränkt. Angesichts dieser Herausforderungen hat die armenische Regierung eine grosse Gebiets- und Verwaltungsreform lanciert, um die Zahl der Gemeinden auf 250 zu reduzieren. Dieser Fusionsprozess weckt in der Bevölkerung Ängste vor einem Identitätsverlust, insbesondere in kleinen

Gemeinden. Die Schweiz begleitet die betroffenen Gemeinden, indem sie ein elektronisches Informations- und Datenverwaltungssystem einführt, mit dem die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen verbessert werden kann. Dank dieses neuen Systems erhalten 740 000 Einwohnerinnen und Einwohner (25% der Bevölkerung) bessere und effizientere Dienstleistungen. Die DEZA unterstützt zudem die Einführung neuer Verwaltungssysteme und die Förderung von Frauen in Lokalregierungen. Mit Hilfe der Schweiz und anderer Partner wurden bis heute 140 Gemeinden fusioniert. Sie wurden zu 18 grösseren Gemeinden mit 165 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zusammengelegt, die von einer verbesserten Dienstleistungsqualität profitieren. Trotz ihrer anfänglichen Besorgnis haben die betroffenen Bevölkerungsgruppen positiv auf die Fusion ihrer Gemeinden reagiert.

SCHNELLER UND SAUBERER UNTERWEGS IN HO CHI MINH CITY

Ho Chi Minh City sieht sich mit einem wachsenden Verkehrsproblem konfrontiert. Mit einer von der Schweiz mitfinanzierten Buslinie will die Stadt nun neue Wege gehen.

Das SECO unterstützt ein Projekt in Ho Chi Minh City, mit dem eine Schnell-Transitlinie für Busse gebaut und betrieben werden wird. Das neue Angebot dient sowohl den Benutzerinnen und Benutzern als auch den Anwohnerinnen und Anwohnern. Es soll ausserdem für Investoren attraktiv sein und gut ins öffentliche Verkehrsnetz eingebettet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die zuständigen städtischen Institutionen in nachhaltiger Verkehrsplanung und Stadtentwicklung ausgebildet und beraten.

Wie viele Städte in Asien sieht sich Ho Chi Minh City mit einem grossen Verkehrsproblem konfrontiert. Es existiert kein verlässliches öffentliches Verkehrsnetz, daher gibt es immer mehr Staus und die Luft wird immer stärker verschmutzt.

Aufgrund des Wirtschaftswachstums wird der Privatverkehr voraussichtlich noch weiter zunehmen. Dies gefährdet die Funktions- und die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Stadt.



Die neue Bus-Transitlinie ist Teil des geplanten Ausbaus des öffentlichen Verkehrsnetzes in Ho Chi Minh City. Damit soll die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt vorangetrieben und die Umweltbelastung reduziert werden. Das Projekt wird vom SECO und von der Weltbank finanziert.

AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2016



► Osteuropa:

Seit 2012 unterstützt das Programm der Schweiz die **bulgarische** Regierung bei der Umsetzung ihrer nationalen Strategie zur **Integration der Roma-Bevölkerung**. Angestrebt wird eine Verbesserung der Lebensbedingungen dieser verletzlichen Gruppen. Dies soll durch einen besseren Zugang zu Bildungs- und medizinisch-sozialen Dienstleistungen und eine stärkere Teilhabe dieser Gruppen am öffentlichen Leben erreicht werden. So können dank dem Ausbau der Primarschule im Roma-Quartier in der Gemeinde Burgas 200 Kinder eine Vorschule besuchen, die sie besser auf den Schuleintritt vorbereitet.

► Osteuropa:

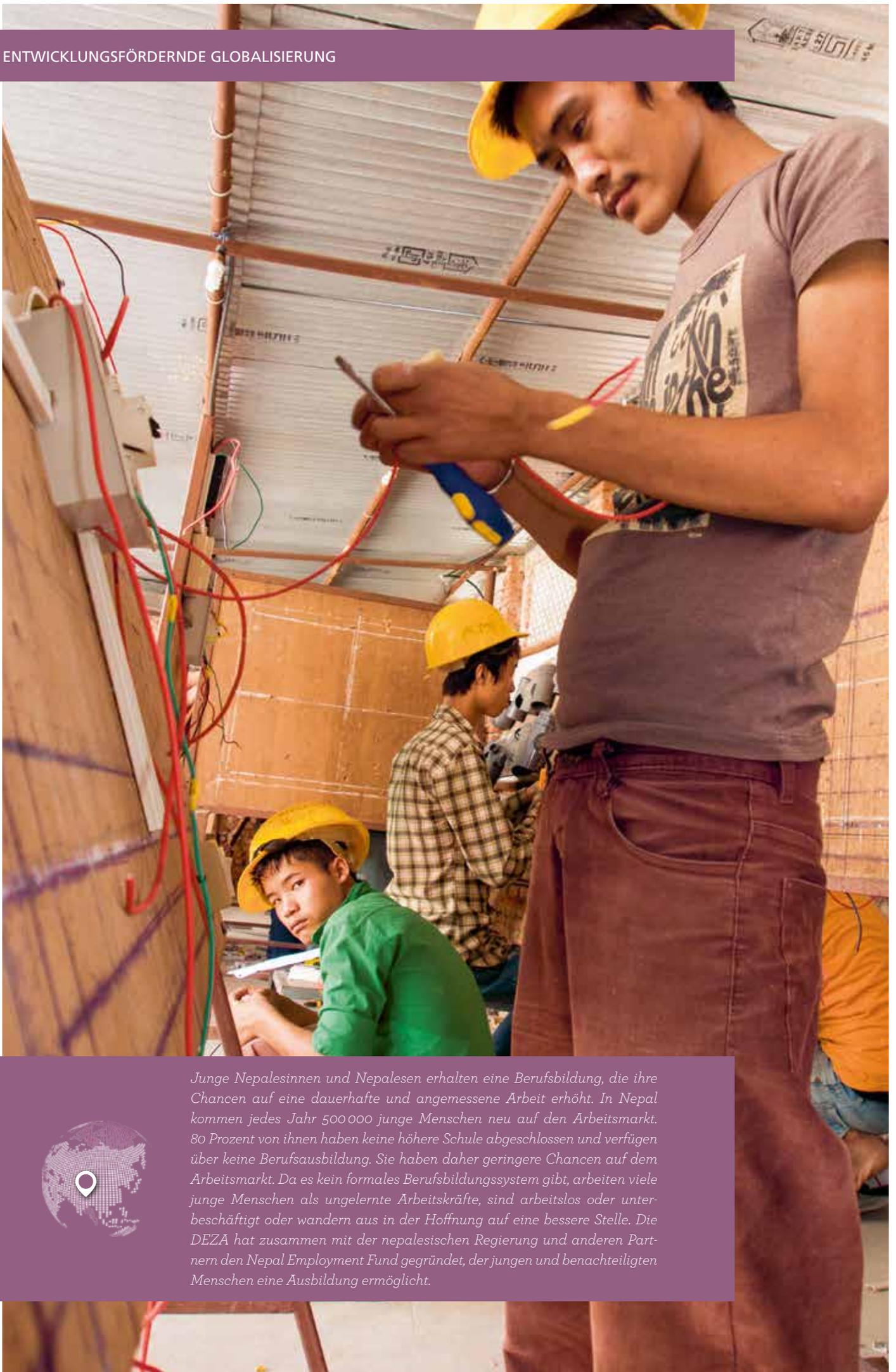
Die Strategie der DEZA, das **Berufsbildungssystem** vermehrt auf die Bedürfnisse der potenziellen Arbeitgeber auszurichten und die Stellenvermittlungs- und Beratungsangebote auszubauen, hat im Westbalkan Früchte getragen. Rund 16 000 junge Menschen konnten in den weiterhin angespannten Arbeitsmarkt in **Bosnien und Herzegowina** integriert werden. Diese Massnahmen wurden in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, mit öffentlichen und privaten Stellenvermittlungsagenturen sowie mit den Unternehmern konzipiert und umgesetzt.

► Nahost und Nordafrika:

In der **MENA-Region** unterstützt das SECO den Aufbau **lokaler Wertschöpfungsketten** sowie den Handel mit lokal hergestellten, herkunftsgeschützten Spezialitäten. In Tunesien wurden zwischen März 2015 und September 2016 insgesamt mehr als 1500 Personen ausgebildet, z.B. zu Vorteilen der AOC-Zertifizierung, zur Verbesserung von Produktion und Management, zur Herstellung von Spezialitäten wie Harissa, Konfitüre und Sirup, zur Kultivierung von Feigenbäumen oder zur Qualitätssicherung. In Marokko fand ein erster Wettbewerb mit mehr als 350 lokalen Produkten statt, und zwar nach dem Vorbild des Schweizer Wettbewerbs der Regionalprodukte im Jura.

► Lateinamerika:

Von 15 000 Jugendlichen in **Nicaragua**, die 2015 und 16 in den Genuss eines **Berufsbildungsprogramms** der DEZA kamen, davon 66 Prozent junge Frauen, fanden fast die Hälfte innerhalb eines Jahres einen Job als Angestellte oder als selbständig Erwerbende. Sie erzielten dabei ein Einkommen, das höher war als der gesetzliche Mindestlohn im Land.



Junge Nepalesinnen und Nepalesen erhalten eine Berufsbildung, die ihre Chancen auf eine dauerhafte und angemessene Arbeit erhöht. In Nepal kommen jedes Jahr 500 000 junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt. 80 Prozent von ihnen haben keine höhere Schule abgeschlossen und verfügen über keine Berufsausbildung. Sie haben daher geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Da es kein formales Berufsbildungssystem gibt, arbeiten viele junge Menschen als ungelernete Arbeitskräfte, sind arbeitslos oder unterbeschäftigt oder wandern aus in der Hoffnung auf eine bessere Stelle. Die DEZA hat zusammen mit der nepalesischen Regierung und anderen Partnern den Nepal Employment Fund gegründet, der jungen und benachteiligten Menschen eine Ausbildung ermöglicht.

MIGRATION UND ENTWICKLUNG – EINE STRATEGISCHE VERKNÜPFUNG

Millionen Menschen verlassen ihre Heimat auf der Suche nach Sicherheit, Arbeit und einer besseren Zukunft. Die Schweiz unterstützt Bemühungen, Migration möglichst entwicklungsfördernd zu gestalten und den Migrationsdruck durch die Schaffung von Perspektiven vor Ort zu mildern.

Das Jahr 2016 war gekennzeichnet von grossen Flucht- und Migrationsbewegungen. Für viele Menschen stellt oft die Unsicherheit, sich auf die Flucht zu begeben, ein geringeres Übel dar als die Gefahren, denen sie in ihrer Heimat ausgesetzt sind: Bewaffnete Konflikte, gewalttätiger Extremismus, Menschenrechtsverletzungen, staatliche Fragilität, Armut und Perspektivlosigkeit. Diesen Menschen bleibt oftmals keine andere Wahl, als mit dem Wenigen, das sie tragen können, ihre Heimat zu verlassen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind von ihnen mehr als die Hälfte Kinder und Jugendliche. Mehr als 85 Prozent der Flüchtlinge leben zur Zeit in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die grossen Flüchtlings- und Migrationswellen stellen auch die Schweiz vor grosse Herausforderungen. Das gilt sowohl aus migrations- und asylpolitischer als auch aus entwicklungspolitischer Sicht. Aus diesem Grund beschloss das Parlament, dass bei der Umsetzung der neuen Botschaft 2017–2020 die internationale Zusammenarbeit stärker mit den Migrationsinteressen der Schweiz verknüpft werden sollte. Das bedeutet für die DEZA, dass sie sich in Zukunft noch mehr in den Herkunftsländern von Migrantinnen und Migranten engagiert und noch zielgerichteter an den Ursachen arbeitet, welche Menschen zur Flucht und Migration zwingen. Auch das SECO wird weiterhin daran arbeiten, in seinen Partnerländern ein nachhaltiges und inklusives Wachstum zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu schaffen und somit bessere Perspektiven vor Ort zu schaffen.

Das Schweizer Engagement vor Ort

Im Migrationsbereich standen 2016 vor allem die Prävention von Zwangsvertreibungen, der Schutz der Bevölkerung vor Ort und die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Eigenständigkeit von Vertriebenen im Fokus des Schweizer Engagements. Die Schweiz setzte verschiedene Instrumente der internationalen Zusammenarbeit ein, um den Ursachen von Flucht und Vertreibung entgegenzuwirken. Mit einem Finanzierungsbeitrag an das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) unterstützte sie Projekte zur Konfliktprävention und Bekämpfung von Konflikursachen in fragilen Kontexten.

Die DEZA finanzierte zudem Partnerorganisationen, die sich in Krisenregionen unter anderem für den Schutz von Flüchtlingen und Vertriebenen einsetzen, allen voran das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR). Diesen Partnern standen vielerorts Expertinnen und Experten des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) mit ihrem Fachwissen zur Seite. Die enge Einbindung der lokalen Bevölkerung erwies sich dabei immer wieder als ein entscheidender Erfolgsfaktor, um Spannungen vorzubeugen und zur sozialen Integration beizutragen. So unterstützte die DEZA beispielsweise Gastfamilien in Erstaufnahmeländern, welche Flüchtlinge bei sich aufnehmen.

Für viele Flüchtlinge und Vertriebene bleibt die Rückkehr in Sicherheit oberstes Ziel. Doch gemäss UNHCR warten Flüchtlinge heute im Schnitt

17 Jahre auf eine nachhaltige Lösung. Durch die systematischere Verknüpfung von humanitären Einsätzen mit Entwicklungsinstrumenten soll ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Eigenständigkeit gefördert werden. Die Schweiz hat beispielsweise im vergangenen Jahr ein neues Start-up- und Ausbildungsprogramm im Wassersektor lanciert. Damit sollen in Jordanien und im Libanon auch Arbeitsplätze für syrische Flüchtlinge kreiert, Fachkräfte ausgebildet und unternehmerische Lösungen für die Wasserproblematik gefördert werden. Im Sudan wurden vom Krieg vertriebene Kleinbäuerinnen und -bauern dabei unterstützt, wirtschaftliche Perspektiven aufzubauen. Solche Massnahmen schaffen Chancen vor Ort und reduzieren die Hoffnungslosigkeit, die zu gefährlichen Weiterwanderungen führen kann.

«Solche Massnahmen schaffen Chancen vor Ort und reduzieren die Hoffnungslosigkeit, die zu gefährlichen Weiterwanderungen führen kann.»

Das Schweizer Engagement auf multilateraler Ebene

Im September 2016 fand ein UNO-Gipfel zu Flucht und Migration in New York statt. Die dabei verabschiedete Deklaration beinhaltet ein breites Spektrum an Massnahmen zum Schutz von Flüchtlingen, Vertriebenen und Migrierenden sowie zur Vorbeugung von erzwungener Migration und Flucht. Die Schweiz hat die Inhalte dieser Deklaration entscheidend mitgeprägt. Das Gipfeltreffen bleibt jedoch lediglich ein Meilenstein in einem langen Prozess, der bis 2018 zu einem globalen Rahmenwerk zu Migration führen soll. Ein zweites Rahmenwerk soll spezifischer zur Frage der Flüchtlinge erarbeitet werden. Wegen der tragenden Rolle, welche die Schweiz in den vergangenen Jahren im Migrationsbereich gespielt hat, wurde sie 2016 gemeinsam mit Mexiko dazu beauftragt, in einem ersten Schritt die Vorbereitungen für das neue Migrationsrahmenwerk zu führen.

Migration und die Umsetzung der Agenda 2030

Ähnlich wie die in New York verabschiedete Deklaration unterstreicht auch die Agenda 2030 die wichtige Rolle, welche die Migration für eine nachhaltige Entwicklung spielt. Ein entscheidender Faktor sind hierbei die weltweit rund 150 Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Durch ihre Arbeitskraft, ihre Innovation und ihr Unternehmertum sind sie in vielen Gesellschaften massgeblich an dem wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt. Oft sind sie jedoch skrupellosen Arbeitsvermittlern ausgesetzt. Ihre Menschen- und Arbeitsrechte werden missachtet und sie sehen sich mit exorbitanten Kosten konfrontiert, nur um überhaupt eine Stelle im Ausland antreten zu können.

«Die Schweiz setzt sich deshalb dafür ein, bessere Rahmenbedingungen für Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu schaffen.»

Die Schweiz setzt sich deshalb dafür ein, bessere Rahmenbedingungen für Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu schaffen. Mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wurde 2016 zum Beispiel ein Zertifizierungsprozess für Arbeitsvermittlungsagenturen erarbeitet, der ab 2017 lanciert wird. Durch die Zertifizierung soll es Arbeitsmigrantinnen und -migranten möglich sein, ethisch handelnde von skrupellosen Arbeitsvermittlungsagenturen zu unterscheiden. Die Kosten der Migration können somit gesenkt und Menschenrechtsverletzungen verhindert werden. Mit diesem Projekt trägt die Schweiz auch konkret zur Umsetzung der Agenda 2030 und den relevanten Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) bei. Einerseits werden somit die Rechte der Arbeitsmigrantinnen und -migranten besser geschützt (SDG 8) und andererseits wird die Migration für die betroffenen Menschen sicherer und regulärer gestaltet (SDG 10).



Das DEZA-Programm in Sri Lanka will angemessene Arbeitsbedingungen sowie Schutz und Wohlergehen für Wanderarbeiter und deren Familien sicherstellen.

ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG

- Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen
- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- Effiziente Ressourcennutzung

Entwicklungsfördernde internationale Spielregeln geben auch kleinen oder armen Ländern eine Chance, ihre Rechte durchzusetzen. Die Regelwerke der Staatengemeinschaft müssen so ausgestaltet werden, dass alle ihre umweltpolitischen Rechte wahrnehmen und sich nachhaltig in den Weltmarkt integrieren können.

Die Schweiz engagiert sich aktiv in den UNO-Umweltorganisationen, der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und der Landwirtschaftsorganisation FAO.

Doch auch Entwicklungsländer müssen einen Beitrag leisten und Verpflichtungen übernehmen. Dazu gehören eine nachhaltige Nutzung der Umwelt, ein effizienter Gebrauch von Ressourcen und die Bereitstellung nichtfossiler Energieträger.

SWISS BLUETEC BRIDGE: EINE BRÜCKE ZUR INNOVATION

Die DEZA unterstützt Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Schweiz, die den Zugang der ärmsten Bevölkerungsgruppen zu Wasser erleichtern.

Man schätzt, dass weltweit zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Um das anspruchsvolle sechste Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Agenda 2030 – Zugang zu sauberem Wasser für alle bis 2030 – erreichen zu können, muss der Privatsektor einbezogen werden. Die DEZA lancierte deshalb 2013 die Swiss-Bluetec-Bridge-Initiative, die Schweizer Start-ups und KMU zinslose Darlehen für die Entwicklung innovativer Lösungen im Wassersektor gewährt. Mit diesen Darlehen können sie die Relevanz ihrer Prototypen aufzeigen und private Investoren anziehen. Die Initiative schliesst die bestehende Lücke zwischen Forschungsförderung und privater Finanzierung, um die Schweizer Spitzentechnologie in den Dienst der ärmsten Bevölkerungsgruppen zu stellen.

Die Unternehmen werden von einer Expertenjury ausgewählt. Gefragt sind innovative Lösungen für den Wassersektor in Entwicklungsländern. Zielpublikum sind einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Swiss Bluetec Bridge unterstützt gegenwärtig sechs Start-ups und KMU in ebenso vielen Ländern des Südens. Drei neue Unternehmen sollen bald dazukommen.

Swiss Fresh Water und Weconnex profitieren bereits von der Initiative: Mit dem Darlehen von Swiss Bluetec Bridge konnten sie ihre Geschäftsmodelle entwickeln und umsetzen. Die beiden Unternehmen tragen dazu bei, dass rund 110 000 Menschen in ärmlichen ländlichen Gebieten Senegals und Nepals Zugang zu Trinkwasser haben, was sich positiv auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirkt.



EIN FONDS FÜR NACHHALTIGES UNTERNEHMERTUM

Mit Schweizer Startkapital baut ein IT-Unternehmen aus der Schweiz einen Technologiestandort in Serbien auf – und setzt dabei auf Nachhaltigkeit.

Der SECO Start-up Fund gewährte 2016 ein Darlehen an eine IT-Firma, die in Serbien einen Entwicklungsstandort aufbaut. Die Firma wurde von einem Unternehmer aus der serbischen Diaspora in der Schweiz gegründet. Sie beabsichtigt, in Serbien mittelfristig 35 qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.

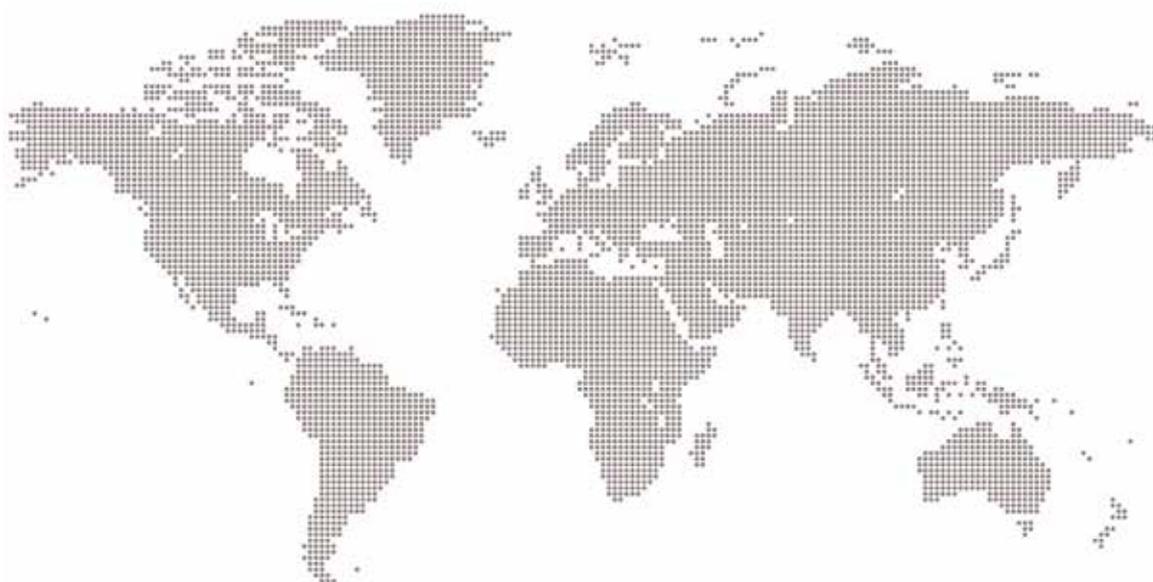
Der vom SECO finanzierte Fonds stellt kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aus der Schweiz Darlehen zur Verfügung, womit diese nachhaltige Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern mitfinanzieren können. Diese Unternehmen müssen marktwirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele verfolgen, neue Arbeitsplätze schaffen und somit eine entwicklungsfördernde Wirkung erzielen.

KMU sind für Wirtschaftswachstum, Stabilität und Wohlstand von entscheidender Bedeutung. Sie stellen sowohl in Industrieländern als auch in weniger ent-

wickelten Volkswirtschaften die meisten Arbeitsplätze bereit. Zudem werden viele KMU von Familien geführt. Erfahrungsgemäss behalten viele von ihnen neben der Wirtschaftlichkeit ihres Geschäftes auch den Blick auf das soziale Umfeld in ihrer lokalen Umgebung.



AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2016



► **Global:**

2016 hatte die Schweiz den Vorsitz des UNAIDS-Exekutivrats in Genf inne und war Mitorganisatorin des Hochrangigen Treffens über HIV/Aids in New York. Die DEZA spielte eine wichtige Rolle bei der Verabschiedung der UNAIDS-Strategie 2016–2021 und der politischen Erklärung des Hochrangigen Treffens. Beide Dokumente widerspiegeln die Prioritäten der Schweiz in den Bereichen **sexuelle und reproduktive Gesundheit**, Rechte und Geschlechtergleichstellung.

► **Global:**

Seit 2012 empfiehlt die DEZA in all ihren Interventionen im Verwaltungsrat und in den Ausschüssen des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria eine nachhaltige Stärkung der **Gesundheitssysteme** in den betroffenen Ländern und nicht nur eine gezielte Reaktion auf die drei Epidemien. Dieses Engagement, das auch von anderen Ländern unterstützt wird, zeigt Früchte: Die Strategie 2017–2022 des Fonds enthält zum ersten Mal ein erklärtes Ziel zur Stärkung der Gesundheitssysteme. Dies wird die Wirkung seiner Aktivitäten erhöhen und deren Nachhaltigkeit sicherstellen.

► **Global:**

Der Mangel an Produktivität bleibt für Kolumbien und andere Partnerländer ein grosses Problem und hindert diese daran, sich in die globalen Märkte zu integrieren. Seit längerer Zeit unterstützt das SECO daher das ILO-Programm SCORE (Sustaining Competitive and Responsible Enterprises) in Asien, Afrika und Lateinamerika. Dieses trägt durch Training und Beratung zur **Steigerung der Produktivität** und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in kleinen und mittleren Unternehmen bei. In Kolumbien wurden 2016 die Arbeitsbedingungen von über 3300 Arbeiterinnen und Arbeitern im Bekleidungs-, Textil, Blumen- und Agrarsektor verbessert. Die Zahl der beteiligten Unternehmen stieg 2016 um 70 KMU (Total 166 beteiligte Firmen seit 2010). Auch die Geschlechtergleichstellung wurde gefördert. Inzwischen nehmen in 64 Prozent der Unternehmen Frauen eine führende Rolle in Unternehmensverbesserungsteams und Projekten ein.

OHNE ENTWICKLUNG KEIN FRIEDEN, OHNE FRIEDEN KEINE ENTWICKLUNG

Die Schweiz hat sich bei der Agenda 2030 erfolgreich für ein Nachhaltigkeitsziel zu Frieden und Gerechtigkeit eingesetzt. Nun geht es an seine Umsetzung.

Mieux vaut prévenir que guérir: Diese Binsenwahrheit widerspiegelt sich auch im Ziel 16 der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung. Dieses lautet wie folgt: «Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.» Die Schweiz setzte sich während den Verhandlungen zur Agenda 2030 sehr für dieses Ziel ein. Im ersten Jahr der Umsetzung gab sich die Schweiz aber nicht nur mit Worten und Konferenzen zufrieden. Sie setzte sich aktiv für die Umsetzung der Agenda 2030 und auch des Ziels 16 ein.

So unterzeichneten am Rande des Humanitären Weltgipfels im Mai 2016 in Istanbul Bundesrat Didier Burkhalter und Helen Clark, die Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP), ein Finanzierungsabkommen in der Höhe von rund 14 Millionen Franken. Dadurch unterstützt die DEZA gezielt strategische globale Programme des UNDP, die Konflikte vorbeugen, Rechtsstaatlichkeit stärken und den Aufbau staatlicher Institutionen fördern.

Mit dem Abkommen setzten beide Partner auch ein klares Zeichen: Akteure der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung müssen noch viel enger zusammenarbeiten, damit Hilfe effizient und vorausschauend geleistet werden kann. Auch die Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft spielen eine wichtige Rolle, um den steigenden humanitären

Bedürfnissen nachzukommen. Die Schweizer Delegation setzte sich beim Gipfeltreffen ausserdem dafür ein, dass das Humanitäre Völkerrecht besser respektiert werden muss.

Wenn Präventionsmassnahmen versagen und gewalttätige Konflikte ausbrechen, so dauern diese oftmals Jahrzehnte an. Deshalb unterstützt die Schweiz auch einen innovativen Treuhandfonds des UNDP. Dadurch kann auf Krisen und Katastrophen schnell und flexibel reagiert werden. Ein Beispiel: In der Region Borno State in Nigeria, welche am stärksten von Boko Haram und den militärischen Operationen betroffen ist, bleibt die humanitäre Hilfe weiterhin unabdingbar. Der Zugang zur Bevölkerung ist sehr schwierig. Auch die lokalen Behörden mussten zum Teil fliehen. Doch hat sich die Situation in Maiduguri, der Hauptstadt von Borno State, etwas verbessert, und die Behörden sind zurückgekehrt.

Dank eines Beitrags des von der Schweiz unterstützten Fonds konnte das UNDP seine Präsenz in Maiduguri im Dezember 2016 ausbauen. Das UNDP kann somit die lokalen Behörden wieder besser dabei unterstützen, die langfristige Resilienz der Bevölkerung zu stärken. Ziel ist es beispielsweise, dass intern Vertriebene nach ihrer Rückkehr schnell wieder Fuss fassen und selbst für ihre Familien aufkommen können. Damit ist die Entwicklungszusammenarbeit mit einem langfristigen Ansatz komplementär zur humanitären Hilfe aktiv, und die Koordination vor Ort zwischen Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit wird verbessert. Dadurch wird ein konkreter Beitrag zur Umsetzung des Ziels 16 geleistet.



Die Schweiz setzt sich für Frieden, Stabilität und Menschenrechte sowie für eine wirksame Regierungsführung auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit ein.

GELDER FÜR ENTWICKLUNGSVORHABEN

75 Milliarden US-Dollar – mit dieser Rekordsumme haben Geberländer im Dezember 2016 die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (International Development Association IDA) zum 18. Mal refinanziert. Die Schweiz steuerte diesmal 645 Millionen Schweizer Franken bei. Gegenüber der letzten Finanzierungsrunde entspricht das einer Kürzung von 107 Millionen Schweizer Franken.

Die Schweiz erwartet insbesondere, dass die IDA die Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft verbessert. Zudem soll sie bei der Vergabe von Krediten verstärkt klima- und umweltrelevante Aspekte berücksichtigen und sich vermehrt in fragilen und konfliktbetroffenen Ländern engagieren. Schliesslich soll die IDA darauf achten, dass die von ihr finanzierten Entwicklungsvorhaben noch wirksamer und effizienter umgesetzt werden.

Ausserdem wurden bei dieser Refinanzierungsrunde neue Finanzierungsmöglichkeiten beschlossen. Ab sofort kann die IDA selber auf den Kapitalmärkten Kredite aufnehmen. Dabei profitiert sie, wie

die Weltbank, von einem AAA-Kredit-Rating und kann somit Geld zu günstigen Konditionen aufnehmen und ärmeren Ländern weitergeben.



EINE ALLIANZ FÜR MEHR UMWELTBEWUSSTSEIN IM FINANZSEKTOR

Die Natur ist Rohstofflieferantin, Energieträgerin und Dienstleisterin. Aber ihre Wertschöpfung wird oft unterbewertet. Die Schweiz unterstützt eine Partnerschaft, die ein Umdenken in der Finanzbranche vorantreibt.

Es ist auf den ersten Blick eine eher unerwartete Partnerschaft: Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die Nichtregierungsorganisation «Global Canopy Programme», die Grossbank UBS und achtweitere Banken sowie das SECO. Doch diese Institutionen haben sich 2012 als «Natural Capital Finance Alliance» (NCF) zusammengeschlossen. Sie arbeiten seitdem gemeinsam darauf hin, dass der Finanzsektor neue Instrumente und Methoden entwickelt, mit denen umweltrelevante Risiken bewertet werden, und diese als globale Standards etabliert werden.



Immer mehr hält in der Finanzindustrie das Konzept «Naturkapital» Einzug. Es vereint die Idee, dass Boden, Luft, Wasser sowie Flora und Fauna natürliche Vermögenswerte darstellen. Sie erbringen sogenannte «Ökosystemdienstleistungen», ohne die wir Menschen nicht leben könnten. Bäume zum Beispiel stellen den Sauerstoff her, den wir atmen. Der Boden wirkt als Wasserfilter. Und Wälder stellen Holz als Rohstoff bereit. Das Konzept des Naturkapitals misst der Natur und ihren Leistungen einen ökonomischen Wert bei. Dadurch sollen zentrale, aber bis heute vernachlässigte Umwelt-Faktoren in wirtschaftliche Entscheide mit einfließen.

Die Überlegungen, die sich die Finanzwelt zu Fragen der Nachhaltigkeit macht, gehen über Anlagemöglichkeiten für Kunden mit grünem Gewissen hinaus. Im Zentrum steht die Frage, wie Kredite, Obligationen und andere Finanzprodukte die Stabilität von Banken gefährden, wenn bei ihrer Vergabe ökologische Risiken vernachlässigt werden. Dabei geht es um ganz konkrete Fragen: Wie hohe Zinsen beispielsweise sollte eine Bierbrauerei für einen Kredit bezahlen, wenn sie damit an einem Produktionsstandort investieren will, wo das Wasser knapp werden könnte? Die Herstellung von Bier braucht sehr viel Wasser. Wenn dieses als Folge des Klimawandels künftig knapp und damit teurer wird, könnte das Geschäftsmodell von Brauereien Probleme bekommen. Für einen Kreditgeber steigt damit das Risiko, sein Geld zu verlieren. Positiv auf den Zins könnte es sich hingegen auswirken, wenn eine Brauerei besonders wassersparende Technologien einsetzt.

Noch sind Banken meist überfordert, Naturkapital in ihre Kreditanalysen einzubeziehen. Es fehlt an Daten und Methoden. Genau diese Lücken will die NCF schliessen. Die Initiative dazu wurde 2012 am Nachhaltigkeitsgipfel Rio+20 lanciert. Über 40 CEOs von Finanzunternehmen unterzeichneten eine entsprechende Erklärung. Die NCF wird zudem von diversen NGOs und staatlichen Institutionen gefördert. Ein spezieller Fokus liegt auf Südafrika, Kolumbien, Peru und Indonesien – alle vier sind Schwerpunktländer des SECO. Das SECO unterstützt die Initiative mit über 4 Millionen Franken.

Impressum

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 34 75
www.deza.admin.ch
deza@eda.admin.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 56 56
www.seco-cooperation.admin.ch
info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination/Statistik:

Direktionsstab DEZA
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:

Julia Curty, SUPERScript GmbH, Brügg bei Biel/Bienne
www.superscript.ch

Titelseite Sven Torfinn/Panos
Seite 7 Giacomo Pirozzi/Panos
Seite 8 Fabian Urech/DEZA
Seite 10 Fabian Urech/DEZA
Seite 12 UNDP
Seite 14 Claire Pask
Seite 16 SOIL
Seite 17 Claire Pask
Seite 17 SOIL
Seite 18 CARE International
Seite 20 Sven Torfinn/CABI/Panos
Seite 21 Peter Lüthi/Biovision 2016
Seite 26 Antonio Escalante/SECO
Seite 28 Romina Cruz/SECO
Seite 29 Antonio Escalante/SECO
Seite 32 Tourism Organisation of Ivanjica
Seite 35 Private Sector Development Programme in Southwest Serbia
Seite 36 UNDP
Seite 42 BAD SYSTEMS d.o.o. in Nis
Seite 45 UNDP Malawi
Übrige EDA/DEZA, SECO

Druckerei:

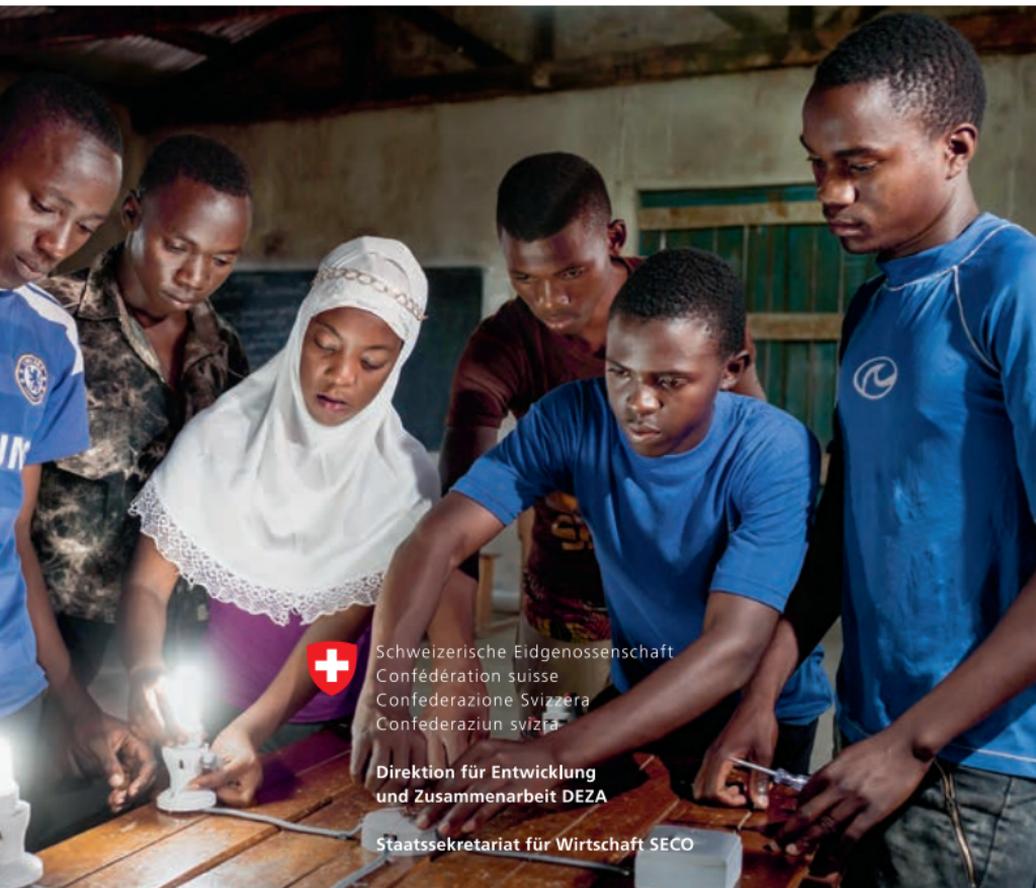
Stämpfli AG
3001 Bern

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch,
Italienisch und Englisch erhältlich.
Weitere Exemplare können bestellt werden
bei deza@eda.admin.ch oder über
Telefon +41 (0)58 462 34 75

Bern 2017

Statistik 2016

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)

- Die öffentliche Entwicklungshilfe (Aide publique au développement, APD) umfasst gemäss internationaler Definition alle Finanzflüsse an Entwicklungsländer und -regionen (zurzeit 146) sowie an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die: (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen; (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden.
- Um die Vergleichbarkeit und die Transparenz der APD-Leistungen seiner 30 Mitglieder (29 Länder und die Europäische Union) sicherzustellen, hat der Entwicklungshilfausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) umfassende statistische Richtlinien ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regeln. Diese Richtlinien definieren die Aktivitäten und die Beiträge, die als APD deklariert werden dürfen. Die Richtlinien werden periodisch angepasst und aktualisiert. Sie dienen als Referenz für die Anrechenbarkeit der APD-Leistungen des vergangenen Jahres (ex-post Anrechnung). Um die Leistungen der Geberländer im Vergleich darzustellen, wird in der Regel die APD als Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) angegeben (APD/BNE-Quote).
- Die APD der Schweiz umfasst im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO (Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der zwei Organe, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie die Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Entsprechend der Berechnungspraxis des DAC berücksichtigt die Schweiz in ihrer APD seit 2004 auch die bilateralen Entschuldungsmassnahmen (im Rahmen des Pariser Klubs) und gewisse Ausgaben für die Hilfe an Asylsuchende, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen aus Entwicklungsländern während des ersten Jahres ihres Aufenthalts in der Schweiz.
- Die jährlichen Gesamtausgaben der DEZA und des SECO, so wie sie in der Staatsrechnung aufgeführt sind, werden in den Statistiken der APD nicht automatisch abgebildet. Um den internationalen Richtlinien zu entsprechen, müssen gewisse statistische Anpassungen vorgenommen werden (nicht inbegriffen sind Zahlungen an Länder oder Organisationen, die nicht auf der OECD/DAC Liste aufgeführt sind; sowie spezifische multilaterale Beiträge, die einer anderen Berechnungsmethode unterliegen, siehe S. 15).
- Die Beiträge der Schweiz an die Erweiterung der Europäischen Union (EU), welche im Abschnitt über die Ausgaben der DEZA und des SECO aufgeführt werden, sind nicht Teil der APD.

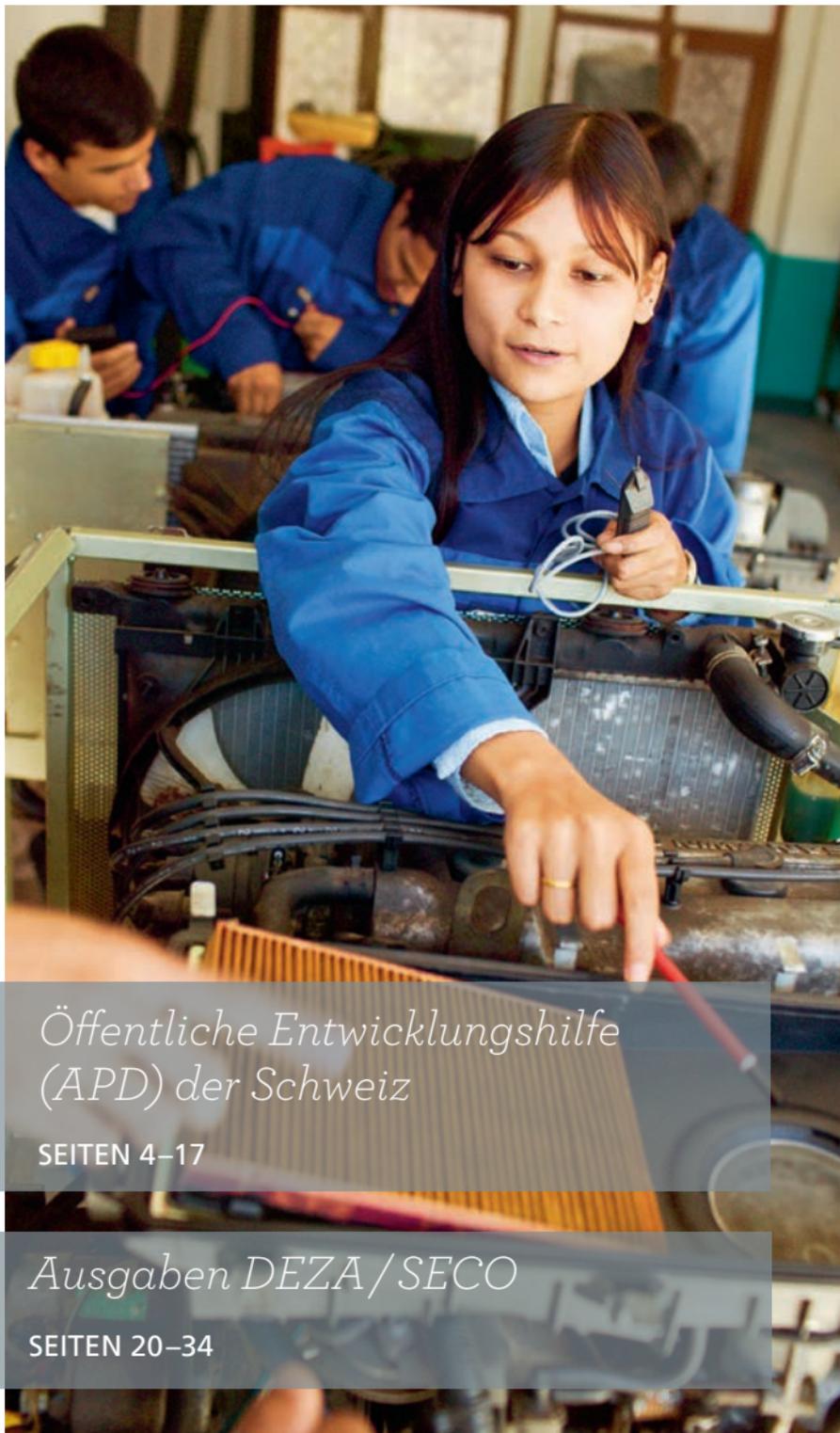
Entwicklungsfinanzierung über die APD hinaus

- Nicht-APD-Mittel nehmen einen grossen Platz in der Entwicklungsfinanzierung ein. Für die Schweiz handelt es sich dabei um private Kapitalflüsse zu Marktbedingungen (Direktinvestitionen im Ausland, Portfolio-Investitionen, garantierte Exportkredite) sowie private Spenden von Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen.

Verwendete Zeichen:

0.0	= Betrag ist kleiner als 50 000 CHF	p	= provisorische Zahlen
–	= Betrag ist null	r	= revidierte Zahlen
..	= keine Angaben	Mio.	= Million

Detaillierteres Zahlenmaterial findet sich in der jährlich erscheinenden Broschüre «Entwicklungshilfe der Schweiz» der DEZA und auf den Internetseiten der DEZA und des SECO. www.eda.admin.ch/deza/de/home/aktivitaeten_projekte/zahlen_und_statistiken.html
www.seco-cooperation.admin.ch



*Öffentliche Entwicklungshilfe
(APD) der Schweiz*

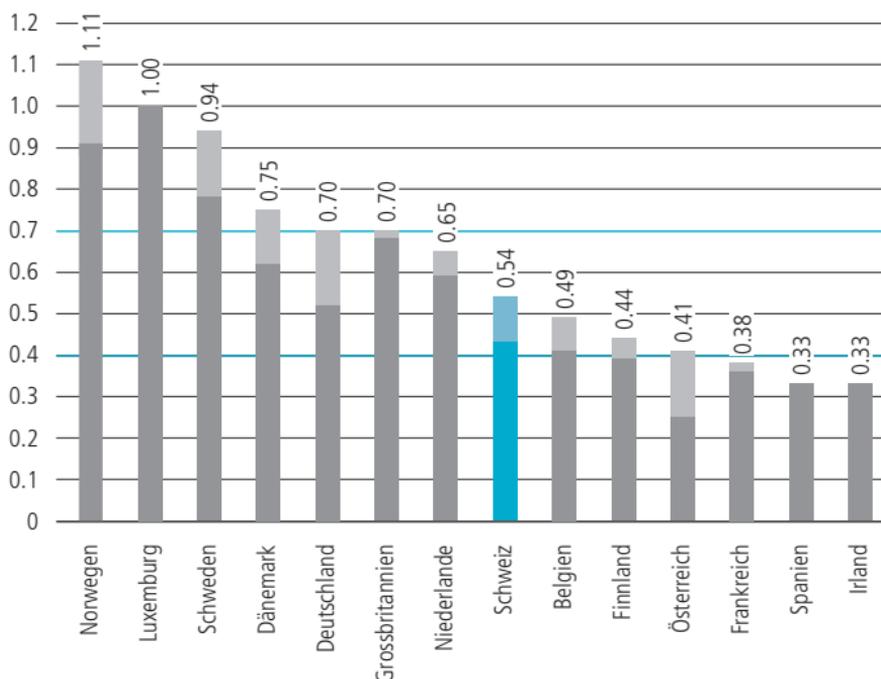
SEITEN 4–17

Ausgaben DEZA/SECO

SEITEN 20–34

Grafik 1

DIE SCHWEIZ IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2016 (APD IN % DES BNE)



Provisorische Zahlen des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD vom 11. April 2017 für alle DAC-Länder.

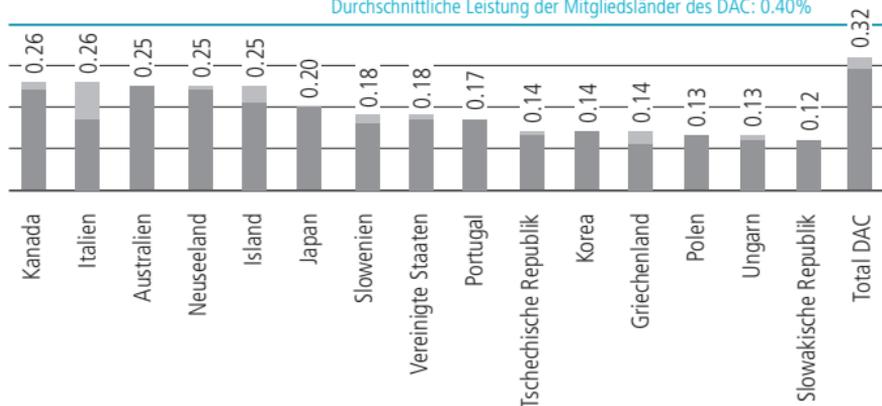
Im Jahr 2016 beliefen sich die Nettoleistungen sämtlicher Mitgliedsländer des Entwicklungshilfeausschusses (Development Assistance Committee, DAC) der OECD für die öffentliche Entwicklungshilfe (Aide publique au développement, APD) auf 142,6 Milliarden USD. Unter Berücksichtigung des Wechselkurses und der Inflation entspricht dies einer realen Zunahme von 8,9% im Vergleich zum Jahr 2015. Dieser Anstieg ist teilweise auf höhere Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen in den Geberländern zurückzuführen. Nach Ausschluss dieser Kosten beträgt die reale Erhöhung immerhin noch 7,1%.

Die APD der Schweiz hat im Vergleich zu 2015 real um 4,2% zugenommen. Diese Zunahme ist auf den Anstieg der Kosten für Asylsuchende in der Schweiz zurückzuführen, welche gemäss DAC-Richtlinien an die APD angerechnet werden. Hingegen hat sich der APD-Teil ohne Asylkosten verringert. Dies als Folge der Sparmassnahmen des Bundes, welche sich stark auf die Rahmenkredite der internationalen Zusammenarbeit auswirkten.

- Kosten für Flüchtlinge in den Geberländern
- APD exkl. Asylkosten

Zielvorgabe der UNO: 0.7%

Durchschnittliche Leistung der Mitgliedsländer des DAC: 0.40%



Der Anteil der APD am Bruttonationaleinkommen (BNE) erreichte im Jahr 2016 0,54% (0,43% ohne Asylkosten) und somit klassiert sich die Schweiz auf dem 8. Rang im Klassement der DAC-Mitgliedsländer. Gemessen am Finanzvolumen sind die USA, Deutschland, Grossbritannien, Japan und Frankreich die grössten Geberländer. Die Schweiz belegt in diesem Klassement den 12. Rang.

Im Jahr 2016 schloss sich Deutschland der Gruppe Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und Grossbritannien an, welche das von den Vereinten Nationen im Jahr 1970 festgelegte Ziel von 0,7% erreichen. Anzumerken ist, dass nach Abzug der Asylkosten nur noch drei Länder (Luxemburg, Norwegen und Schweden) dieses Ziel erreichen.

Tabelle 1

 ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSHILFE (APD)
 UND DER PRIVATEN SPENDEN DER NGOS DER SCHWEIZ
 1960–2016 (MIO. CHF)

	1960	1970	1980	1990
APD	15.1	130.0	423.1	1041.4
Bund	15.1	126.4	416.7	1025.6
Kantone und Gemeinden ^a	..	3.6	6.4	15.8
Bruttonationaleinkommen (BNE) ^b	37 066	92 570	177 270	347 228
APD in % des BNE	0.04%	0.14%	0.24%	0.30%
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.56%	1.63%	2.38%	3.29%
APD in % der öffentlichen Ausgaben ^c	0.23%	0.64%	0.90%	1.20%
Private Spenden der NGOs	..	50.8	106.6	148.6
Private Spenden der NGOs in % des BNE	..	0.05%	0.06%	0.04%

a Schätzung für 2016.

b Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) gemäss alter Berechnung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95) bis 2012. Angaben für 2013 bis 2015 (BFS, 25.08.2016) gemäss neuer Berechnung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

c Ausgaben der öffentlichen Haushalte, bereinigt um Doppelzählungen (BFS/EFV).

2016 erreichte die APD der Schweiz 3510 Millionen Franken, dies entspricht einer Zunahme von 114 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Somit ist der Anteil der APD am BNE auf 0,54% angestiegen (0,51% im 2015).

Dieses Wachstum hängt mit den Kosten für die Aufnahme von Asylbewerbern zusammen, welche um 202 Millionen Franken gestiegen sind, obwohl die Anzahl neuer Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Dieser scheinbare Widerspruch kann durch den Berechnungszeitraum der Asylkosten erklärt werden. Gemäss den DAC-Richtlinien werden die Kosten der ersten zwölf Aufenthaltsmonate im Aufnahmeland an die APD angerechnet. So wurde in der zweiten Hälfte 2015 eine beträchtliche Anzahl von Ankünften, hauptsächlich aus Krisenregionen wie beispielsweise Syrien oder Irak sowie Eritrea und Afghanistan, verzeichnet.

2000	2012	2013	2014	2015 ^r	2016 ^p
1 510.9	2 861.4	2 965.2	3 222.6	3 396.3	3 509.8
1 488.6	2 797.1	2 910.6	3 171.3	3 336.1	3 434.8
22.3	64.3	54.6	51.3	60.2	75.0
463 558	611 979	649 606	649 803	660 333	654 345
0.33%	0.47%	0.46%	0.50%	0.51%	0.54%
3.21%	4.63%	4.66%	5.04%	5.21%	5.30%
1.23%	1.82%	1.84%	1.98%	2.05%	2.10%
272.0	443.1	466.1	516.8	519.5	..
0.06%	0.07%	0.07%	0.08%	0.08%	..

Die anrechenbaren Asylkosten an die APD der Schweiz beliefen sich im Jahr 2016 auf 681 Millionen Franken und entsprechen fast einem Fünftel der gesamten APD-Ausgaben. Diese beinhalten die jährlichen Pauschalen, welche das Staatssekretariat für Migration (SEM) an die Kantone entrichtet (511 Mio. CHF), die Beschäftigungsprogramme und die Kosten der Bundesasylzentren (152 Mio. CHF) sowie die Kosten der Kantone für schulpflichtige Kinder von Asylsuchenden (18 Mio. CHF). Die Aktivitäten, welche das SEM im Rahmen der Rückkehrhilfe (19 Mio. CHF) direkt in den Entwicklungsländern durchführt, werden nicht im oben genannten Total miteingerechnet.

Als Folge der Sparmassnahmen, welche sowohl die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden und Osten sowie die humanitäre Hilfe betreffen, haben die Ausgaben der DEZA und des SECO für die internationale Zusammenarbeit abgenommen und machten 2016 nur noch 71% der gesamten APD aus, im Vergleich zu 77% im Jahr 2015. Der Anteil der APD ohne Anrechnung der Asylkosten ist infolgedessen von 0,44% im 2015 auf 0,43% im Jahr 2016 gesunken.

Tabelle 2

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (APD) DER SCHWEIZ
2015–2016 (MIO. CHF)

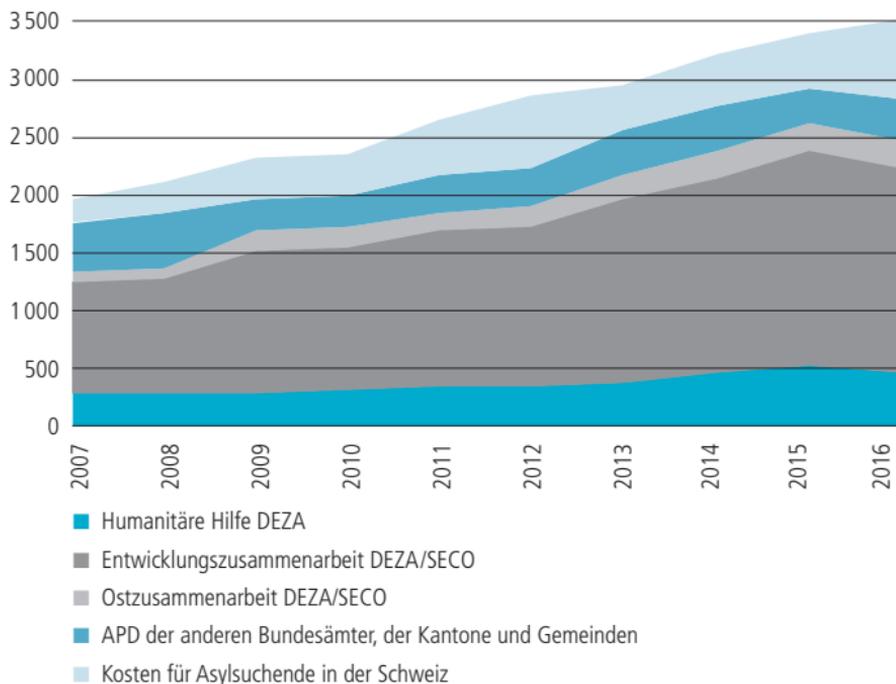
Bund
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
Humanitäre Hilfe
Entwicklungszusammenarbeit
Ostzusammenarbeit
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
Entwicklungszusammenarbeit
Ostzusammenarbeit
Darlehensrückzahlungen
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte
Andere Beiträge
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Swiss Investment Fund for Emerging Markets (SIFEM)
Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz
Andere Beiträge
Staatssekretariat für Migration (SEM)
Hilfe an Asylsuchende in der Schweiz
Rückkehrhilfe
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit
Ausrüstung zu humanitären Zwecken
Bundesamt für Umwelt (BAFU)
davon: Beiträge an internationale Organisationen
Andere Bundesämter
Kantone und Gemeinden^a
Total APD
APD in % des Bruttonationaleinkommens (BNE)
APD ohne Asylkosten in der Schweiz in % des Bruttonationaleinkommens (BNE)

a Schätzung für 2016.

2016 ^p			2015 ^r		
APD bilateral	APD multilateral	Total APD	APD bilateral	APD multilateral	Total APD
2 666.6	768.2	3 434.8	2 566.0	770.1	3 336.1
1 508.2	668.8	2 177.0	1 620.8	675.0	2 295.8
424.6	56.2	480.8	481.2	57.9	539.1
929.1	611.5	1 540.6	976.6	615.9	1 592.6
154.6	1.1	155.6	162.9	1.3	164.2
306.1	0.9	307.0	324.3	1.0	325.3
227.3	0.4	227.7	247.3	0.4	247.7
82.2	0.5	82.7	80.4	0.6	81.0
-3.4	-	-3.4	-3.4	-	-3.4
108.9	36.3	145.3	112.6	32.1	144.8
73.6	20.6	94.2	77.7	18.6	96.3
35.3	15.8	51.1	34.9	13.5	48.4
47.1	6.2	53.3	4.7	6.5	11.2
38.0	-	38.0	-3.7	-	-3.7
6.7	-	6.7	6.8	-	6.8
2.4	6.2	8.6	1.6	6.5	8.1
682.1	-	682.1	491.0	-	491.0
663.6	-	663.6	473.1	-	473.1
18.5	-	18.5	17.8	-	17.8
0.5	-	0.5	2.7	-	2.7
0.5	-	0.5	1.3	-	1.3
-	-	-	1.4	-	1.4
8.4	39.6	47.9	4.4	39.0	43.4
7.2	39.6	46.8	3.3	39.0	42.3
5.3	16.4	21.7	5.4	16.5	21.9
75.0	-	75.0	60.2	-	60.2
2 741.6	768.2	3 509.8	2 626.2	770.1	3 396.3
		0.54%			0.51%
		0.43%			0.44%

Grafik 2

APD DER SCHWEIZ NACH HILFSKATEGORIEN 2007–2016 (MIO. CHF)



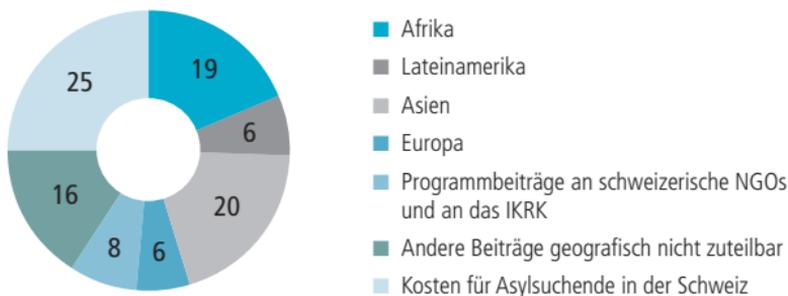
Diese Grafik zeigt die Entwicklung der APD nach Hilfskategorien über die vergangenen zehn Jahre auf.

- Der Anteil der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des SECO mit den Ländern des Südens an der Gesamt-APD hat 2016 im Vergleich zu 2015 von 54% auf 50% abgenommen;
- Die Humanitäre Hilfe der DEZA ist ebenfalls zurückgegangen und erreichte 2016 14% der gesamten APD (16% im Jahr 2015);
- Der Anteil der Ostzusammenarbeit der DEZA und des SECO (7% im Jahr 2016) bewegt sich seit 2009 auf demselben Niveau (zwischen 6 und 7%);
- Die Asylkosten machten im Jahr 2016 mehr als 19% der APD aus, im Vergleich zu 14% im Jahr 2015.

Die restlichen Ausgaben, welche an die APD angerechnet werden können, enthalten diverse Beiträge von anderen Bundesstellen, insbesondere von der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) und vom Bundesamt für Umwelt (BAFU), sowie die internationale Zusammenarbeit der Kantone und Gemeinden. Der Anteil dieser Ausgaben betrug 10% der APD für das Jahr 2016 (9% im 2015).

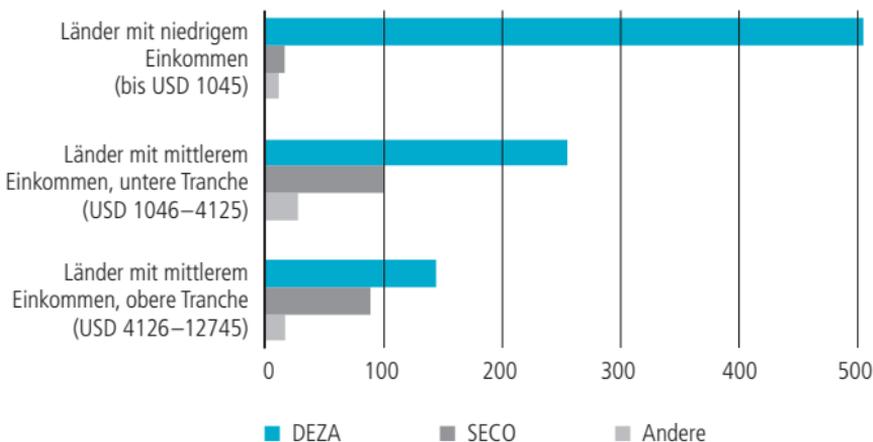
Grafik 3

AUFTEILUNG DER BILATERALEN APD NACH KONTINENTEN 2016 (IN %)



Grafik 4

BILATERALE APD NACH EINKOMMENSKATEGORIEN 2016 (MIO. CHF)



Siehe Liste der Empfängerländer nach Einkommenskategorien (BNE pro Einwohner):
www.oecd.org/dac/stats/daclist.htm

Tabelle 3

 GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG DER BILATERALEN APD
 NACH KONTINENTEN UND LÄNDERN 2015–2016 (MIO. CHF)^a

	2016 ^p	2015 ^r
Afrika	518.4	630.0
Mali	30.2	33.0
Burkina Faso	29.8	37.0
Tansania	26.8	31.1
Niger	26.8	28.6
Tschad	24.4	24.3
Mosambik	22.4	38.1
Somalia	22.2	22.1
Südsudan	21.5	30.6
Benin	20.8	20.8
Tunesien	19.3	23.9
Kongo (D. R.)	18.9	20.5
Ghana	12.0	17.8
Nigeria	10.9	7.1
Äthiopien	10.7	19.0
Ägypten	9.7	19.0
Sudan	8.8	14.8
Südafrika	8.1	14.6
Andere Länder	59.7	97.1
Afrika, regional	135.6	130.5
Lateinamerika	178.2	220.9
Kolumbien	28.7	28.5
Peru	26.7	29.3
Bolivien	23.0	35.7
Nicaragua	20.8	20.4
Haiti	18.2	19.2
Kuba	14.4	10.9
Honduras	14.1	20.0
Andere Länder	3.4	12.3
Lateinamerika, regional	29.0	44.6

a Die Programmbeiträge 2016 (125,9 Mio. CHF) sind nicht nach Ländern aufgeschlüsselt, da die detaillierten Daten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Jahresberichts noch nicht verfügbar waren.

	2016 ^P	2015 ^r
Asien	543.5	610.3
Nepal	43.9	50.7
Myanmar	37.1	38.8
Vietnam	32.9	23.9
Afghanistan	30.7	33.7
Syrien	29.7	39.8
Besetztes Palästinensisches Gebiet	27.5	29.8
Bangladesch	25.1	36.0
Kirgisistan	21.3	25.8
Mongolei	21.2	23.8
Indonesien	20.7	13.5
Tadschikistan	19.3	30.1
Laos	18.3	19.2
Pakistan	17.7	18.2
Jordanien	14.9	14.2
Kambodscha	14.7	14.2
Libanon	14.5	18.1
Sri Lanka	12.3	7.1
Nordkorea	11.6	9.5
Georgien	11.2	14.0
Irak	10.7	15.0
Jemen	9.4	11.1
China	9.4	13.1
Indien	8.6	22.2
Andere Länder	18.4	20.8
Asien, regional	62.5	68.0
Europa	174.4	179.3
Ukraine	30.5	30.2
Kosovo	23.4	26.4
Serbien	23.2	17.4
Bosnien und Herzegowina	22.9	23.8
Mazedonien	21.6	16.2
Albanien	20.4	21.4
Moldova	13.4	14.9
Andere Länder	0.9	3.4
Europa, regional	18.0	25.6
Andere Beiträge geografisch nicht zuteilbar	1 327.1	985.7
Total bilaterale APD	2 741.6	2 626.2

Tabelle 4

MULTILATERALE APD DER SCHWEIZ NACH ORGANISATIONEN 2015–2016 (MIO. CHF)

Organisationen der Vereinten Nationen (UNO)
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
UNO-Einheit für die Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN Women)
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
HIV/Aids-Programm der UNO (UNAIDS)
Central Emergency Response Fund (CERF)
Welternährungsprogramm (WFP)
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA)
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ^a
UNO-Organisationen, Beiträge teilweise als APD anrechenbar ^b
Andere Organisationen der UNO
Internationale Finanzierungsinstitutionen
Internationale Entwicklungsagentur (IDA) ^c
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF) ^c
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)
Andere Entwicklungsfonds und -banken
Andere internationale Organisationen
Green Climate Fund (GCF)
Globaler Umweltfonds (GEF)
Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)
Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte Genf (DCAF)
Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung Genf (GICHD)
Andere Institutionen
Total multilaterale APD

a Ohne den allgemeinen Beitrag an die WHO, nur teilweise anrechenbar (siehe Fussnote b).

b Angerechnete Prozentsätze gemäss DAC-Direktiven.

c Inklusive multilateraler Entschuldungsinitiativen (MDRI).

2016 ^P	2015 ^F
233.0	226.6
60.0	60.0
22.0	22.9
22.0	22.0
16.0	16.0
16.0	16.0
15.1	9.5
15.0	15.0
11.5	10.0
8.0	10.0
6.5	6.0
4.3	4.3
3.0	2.5
2.5	3.0
26.5	22.4
4.6	7.0
393.8	409.1
284.1	284.1
79.9	80.8
12.0	12.0
17.8	32.2
141.4	134.3
33.7	28.9
30.8	30.3
20.0	20.0
16.8	15.5
11.3	10.9
9.3	8.7
19.6	20.0
768.2	770.1

Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge der DEZA sowie Beiträge anderer Bundesämter an internationale Entwicklungsinstitutionen. Der Anteil der multilateralen APD an der Gesamt-APD der Schweiz lag 2016 bei 22%, was unter dem Durchschnittswert aller DAC-Länder liegt (28%).

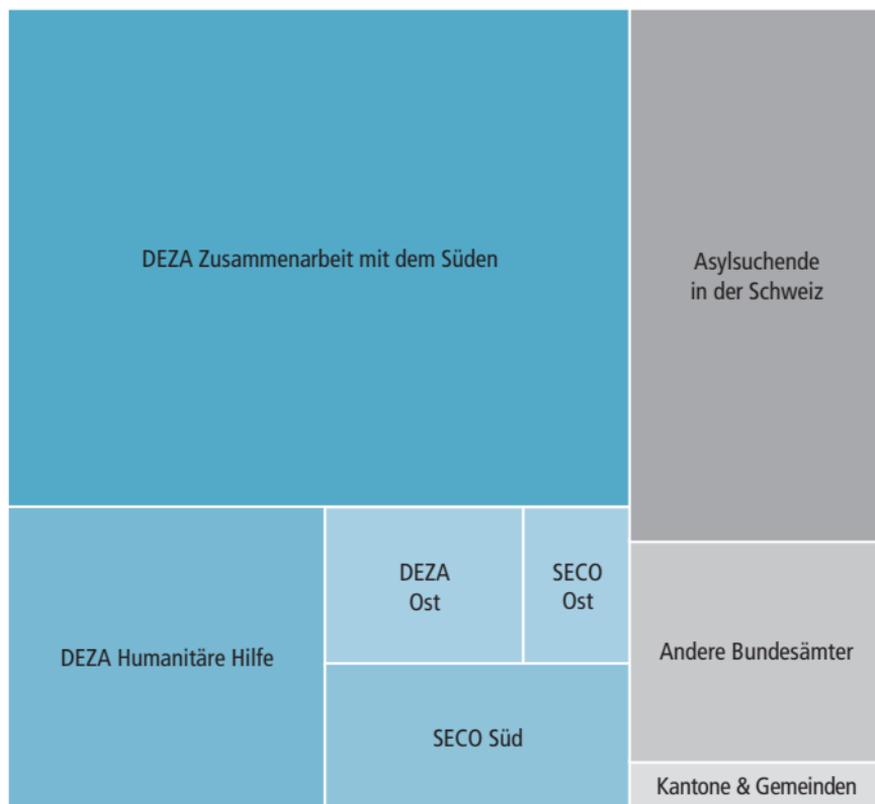
Die Beiträge an internationale Nichtregierungsorganisationen, einschliesslich Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), zählen zur bilateralen APD und erscheinen deshalb nicht in dieser Tabelle.

Die multilaterale Zusammenarbeit stützt sich auf drei Pfeiler. Wie in den Vorjahren hat sich die multilaterale APD auch 2016 auf die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) konzentriert (51%). 30% der multilateralen APD flossen an die Organisationen der Vereinten Nationen und 19% an andere internationale Organisationen.

Gemäss den internationalen Richtlinien werden bei den IFIs die hinterlegten Schuldverschreibungen und nicht die effektiven Auszahlungen als APD erfasst. Dies erklärt die Differenzen zur Staatsrechnung für die DEZA, worin die jährlichen Zahlungen aufgrund der hinterlegten Schuldverschreibungen ausgewiesen werden.

Grafik 5

DIE VIER RAHMENKREDITE DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND DIE WEITEREN KOMponentEN DER APD

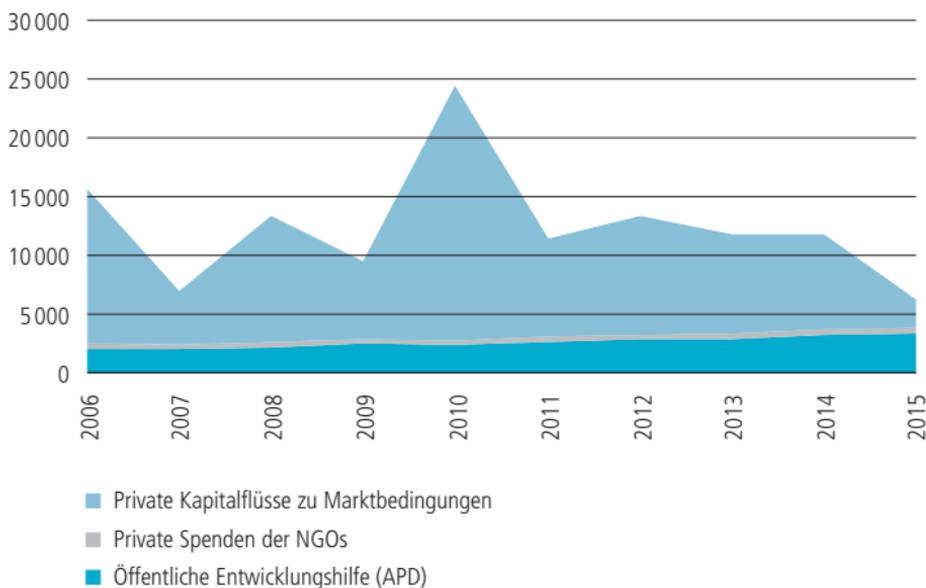


In dieser Grafik wird die Zusammensetzung der APD schematisch dargestellt und veranschaulicht das Grössenverhältnis der einzelnen Komponenten in Bezug auf die Gesamtleistungen.

Die APD umfasst im Wesentlichen die vier Rahmenkredite der internationalen Zusammenarbeit des Bundes (blauer Teil der Grafik). Gemäss internationalen Richtlinien werden auch spezifische Ausgaben anderer Bundesämter, der Kantone und Gemeinden und Ausgaben für Asylsuchende an die APD angerechnet.

Grafik 6

NETTO-FINANZFLÜSSE DER SCHWEIZ IN DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER 2006–2015 (MIO. CHF)^a



a Die Grafik zeigt die Finanzflüsse bis 2015, da die Daten zu den privaten Kapitalflüssen für 2016 zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Jahresberichts noch nicht verfügbar waren.

Die Entwicklungsfinanzierung unterliegt stetigen Veränderungen. Private Finanzmittel (vorwiegend Direktinvestitionen und garantierte Exportkredite) stellen einen wichtigen, aber schwankenden Teil der Netto-Finanzflüsse der Schweiz zugunsten von Entwicklungsländern dar.

Andere, in den DAC Statistiken nicht erfasste Finanzmittel, ergänzen diese, u.a. die *workers' remittances*. Diese Heimatüberweisungen von Arbeitnehmenden aus Entwicklungsländern beliefen sich zwischen 2013 und 2015 auf jährlich knapp 2 Milliarden Franken. Dies ist mehr als das Doppelte der drei vorhergehenden Jahre 2010 bis 2012.





Ausgaben DEZA/SECO

SEITEN 20–34

Tabelle 5

ÜBERBLICK AUSGABEN DEZA UND SECO 2012–2016 (MIO. CHF)

Gesamtausgaben DEZA
Humanitäre Hilfe
Entwicklungszusammenarbeit
Ostzusammenarbeit
EU-Erweiterungsbeitrag

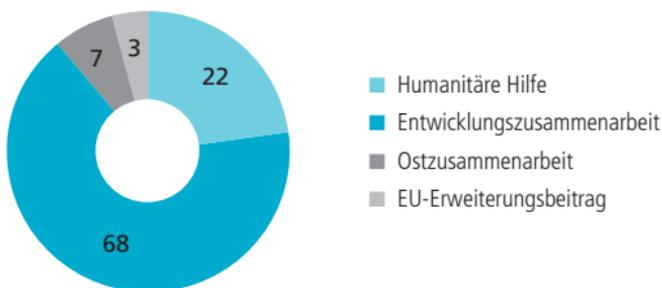
Gesamtausgaben SECO
Entwicklungszusammenarbeit
Ostzusammenarbeit
EU-Erweiterungsbeitrag

Die Tabelle und die Grafiken stellen die Ausgaben der DEZA und des SECO (Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gemäss Staatsrechnung dar, ohne Rückflüsse.

Die Mittel für die Humanitäre Hilfe, die Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit haben im Jahr 2016 aufgrund der beschlossenen Sparmassnahmen des Bundes abgenommen.

Grafik 7.1

AUSGABEN DER DEZA NACH AUFGABENBEREICH 2016 (IN %)



2012	2013	2014	2015	2016
1 848.7	2 045.1	2 228.2	2 357.3	2 222.2
337.7	387.2	463.0	539.9	481.1
1 338.8	1 419.5	1 496.8	1 562.9	1 523.3
109.0	129.1	148.5	164.2	155.6
63.2	109.3	119.9	90.3	62.1
300.7	334.8	394.0	445.5	448.5
214.6	220.8	246.4	272.7	252.7
72.0	88.2	90.9	81.0	82.7
14.1	25.8	56.7	91.8	113.1

Grafik 7.2

AUSGABEN DES SECO NACH AUFGABENBEREICH 2016 (IN %)

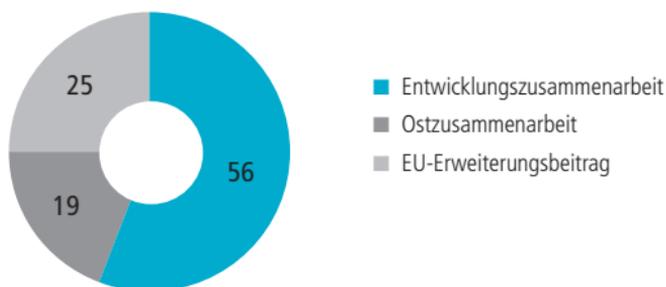


Tabelle 6

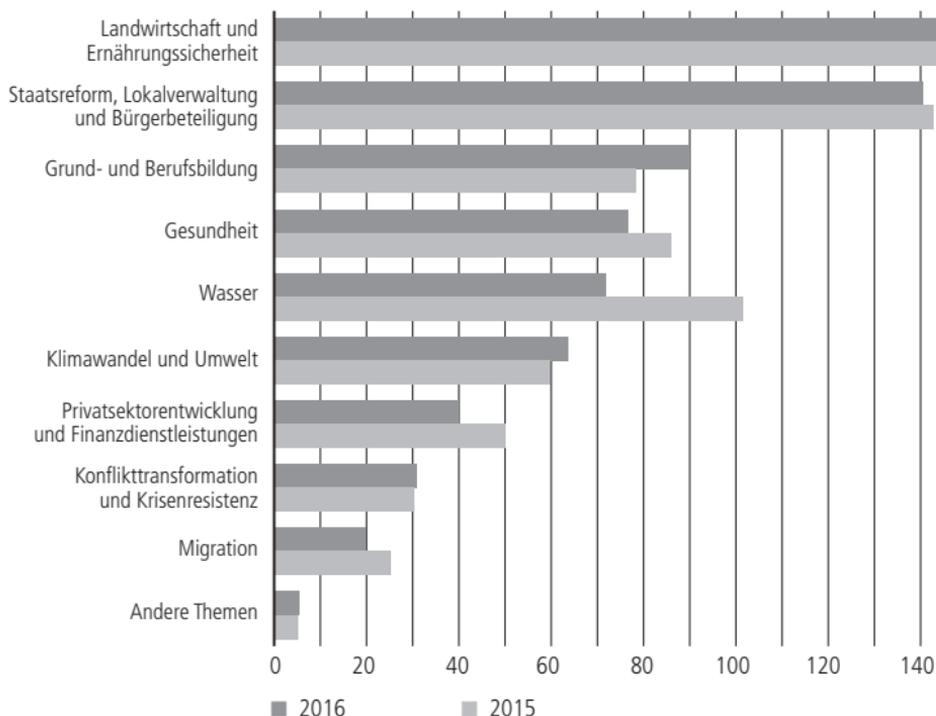
DEZA ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2015–2016 (MIO. CHF)

	2016	2015
Schwerpunktländer und -regionen^a	538.8	554.6
Mekong	68.7	65.5
Nepal	40.9	38.7
Zentralamerika	35.8	37.4
Hindukusch	35.8	38.9
Grosse Seen	34.0	32.2
Bangladesch	27.3	30.9
Südliches Afrika	26.1	29.0
Tansania	26.1	26.3
Horn von Afrika	23.4	21.7
Mosambik	22.4	28.8
Mali	22.0	22.0
Niger	21.4	22.6
Bolivien	21.3	29.4
Tschad	21.0	18.8
Benin	20.8	18.6
Mongolei	20.7	23.3
Burkina Faso	20.2	21.3
Nordafrika	15.2	19.0
Besetztes Palästinensisches Gebiet	15.0	14.6
Kuba	13.7	9.3
Haiti	7.1	6.3
Andere Aktivitäten	455.5	443.5
Andere Länder und Regionen	112.2	101.8
Programmbeiträge an NGOs	106.7	112.7
Thematische Mandate und Betriebskosten	236.6	229.0
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	994.3	998.1
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	529.0	564.9
Total	1 523.3	1 562.9

a Für die Zusammensetzung der Schwerpunktregionen siehe Karte des Jahresberichts 2016 (S. 24–25).

Grafik 8

DEZA ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT BILATERALE AUSGABEN NACH THEMEN 2015–2016 (MIO. CHF)^a



a Ohne Programmbeiträge an schweizerische NGOs, multisektorielle Aktivitäten und Betriebskosten.

Diese Grafik veranschaulicht die Zuweisung der Ressourcen zu den spezifischen Themenbereichen, auf welche die DEZA ihre bilateralen Entwicklungsaktivitäten in den Jahren 2015 und 2016 konzentrierte.

Die DEZA stützt sich auch auf Globalprogramme, welche innovative Lösungsansätze und den Wissensaustausch innerhalb der fünf folgenden Bereiche fördern: Klimawandel und Umwelt, Ernährungssicherheit, Migration und Entwicklung, Wasser und Gesundheit.

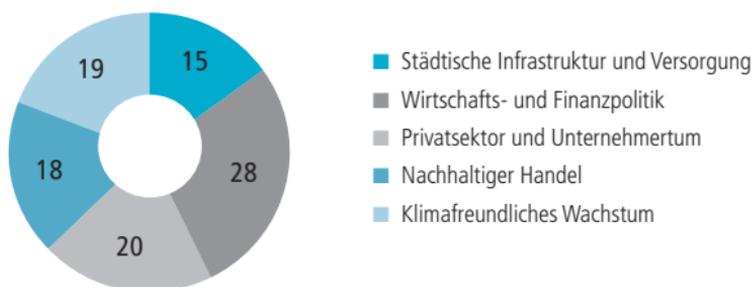
Tabelle 7

SECO ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN 2015–2016 (MIO. CHF)

	2016	2015
Schwerpunktländer	118.7	114.6
Vietnam	31.2	18.2
Indonesien	23.8	16.6
Peru	17.6	19.5
Kolumbien	15.8	10.1
Ghana	11.9	17.3
Tunesien	7.9	13.3
Südafrika	7.2	11.8
Ägypten	3.3	7.8
Andere Aktivitäten	134.0	158.1
Global-/ Regionalprogramme und andere Länder, verschiedene Beiträge ^a	116.0	139.3
Betriebskosten (ausgenommen Schwerpunktländer)	18.0	18.8
Total	252.7	272.7

a Bedeutende Programme wurden zur Ergänzung der DEZA-Tätigkeiten in Burkina Faso, Jordanien und Nepal durchgeführt.

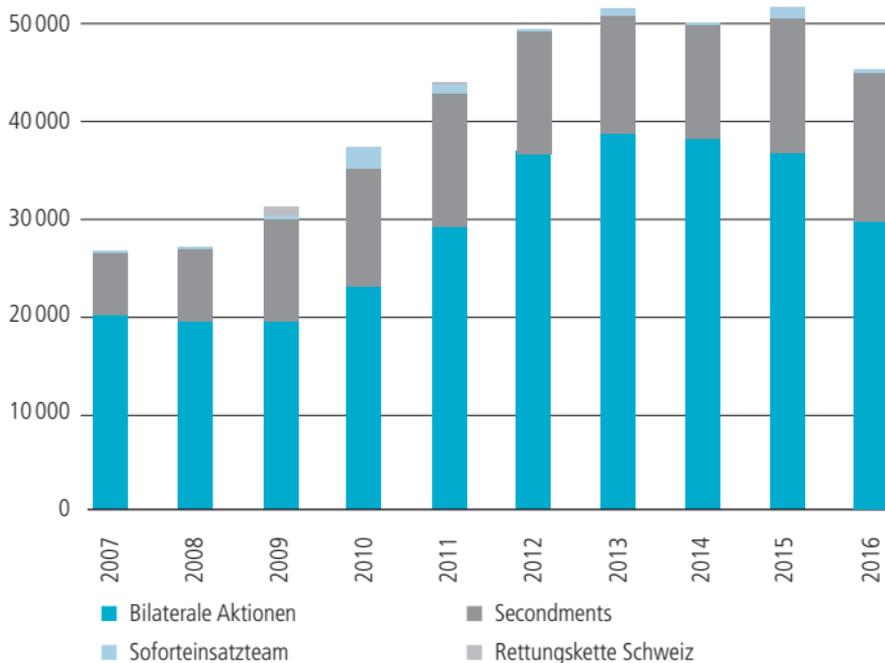
Grafik 9

SECO ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH THEMEN 2016
(IN %) ^a

a Ohne Betriebskosten.

Grafik 10

SCHWEIZERISCHES KORPS FÜR HUMANITÄRE HILFE (SKH) 2007–2016 (EINSATZTAGE IM AUSLAND)



Grafik 11

HUMANITÄRE HILFE NACH AUFGABENFELDERN 2014–2016 (IN %)

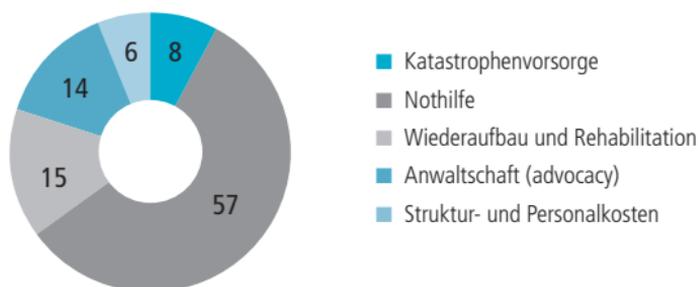


Tabelle 8

DEZA HUMANITÄRE HILFE NACH KONTINENTEN UND LÄNDERN
2015–2016 (MIO. CHF)

	2016	2015
Afrika	117.3	139.3
Südsudan	19.4	24.9
Somalia	11.4	10.0
Nigeria	9.6	5.2
Kongo (D. R.)	9.2	9.9
Sudan	8.6	13.3
Zentralafrikanische Republik	6.4	9.2
Äthiopien	6.1	11.1
Mali	6.1	6.9
Marokko	5.2	6.3
Niger	5.2	3.2
Madagaskar	4.2	3.6
Tschad	3.2	3.3
Algerien	2.9	3.6
Burundi	2.6	1.3
Libyen	2.1	2.2
Kenia	1.9	6.7
Liberia	1.7	3.5
Kamerun	1.1	2.2
Lesotho	1.0	–
Andere Länder	4.3	10.4
Afrika, regional	5.1	2.5
Lateinamerika	30.5	29.0
Kolumbien	11.1	11.3
Haiti	10.8	8.5
Ecuador	1.9	–
Bolivien	1.6	2.5
Nicaragua	1.2	1.5
Andere Länder	1.5	2.3
Lateinamerika, regional	2.4	3.0

	2016	2015
Asien	125.6	163.3
Syrien ^a	25.3	34.6
Myanmar	12.3	13.1
Besetztes Palästinensisches Gebiet ^a	11.8	12.0
Jordanien ^a	11.7	12.3
Nordkorea	11.5	9.4
Libanon ^a	11.3	15.0
Irak	10.3	14.2
Jemen	9.2	10.9
Afghanistan	7.9	5.9
Pakistan	4.6	4.0
Tadschikistan	2.5	2.5
Georgien	1.7	2.7
Nepal	1.5	3.0
Sri Lanka	1.0	5.3
Andere Länder	0.9	3.4
Asien, regional	2.1	14.9
Europa	3.3	4.2
Ukraine	3.0	3.3
Andere Länder	0.2	0.9
Europa, regional	0.2	–
Andere Aktivitäten, nicht geografisch zuteilbar	204.3	204.0
Allgemeiner Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	80.0	80.0
Beiträge an internationale Organisationen	56.5	58.1
Programmbeiträge an NGOs	12.9	12.2
Verschiedene Beiträge und Betriebskosten	54.9	53.7
Total	481.1	539.9

a Die allgemeinen Beiträge von 22,0 Mio. CHF im Jahr 2016 an das UNRWA (2015: 22,9 Mio. CHF) sind unter «Beiträge an internationale Organisationen» erfasst. Davon gehen an Besetztes Palästinensisches Gebiet 11,7 Mio. CHF, Jordanien 4,8 Mio. CHF, Libanon 3,1 Mio. CHF und Syrien 2,4 Mio. CHF.

Tabelle 9

PARTNER DER HUMANITÄREN HILFE DER DEZA 2016 (MIO. CHF)

Organisationen der Vereinten Nationen (UNO)
Welternährungsprogramm (WFP)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
Andere Organisationen der UNO
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Andere Partner und direkte Aktionen
Schweizer NGOs
Internationale Organisationen und ausländische NGOs
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und der Rettungskette
Privatsektor und Forschungsinstitute
Betriebs-, Personal- und Materialkosten
Total Humanitäre Hilfe 2016
Total Humanitäre Hilfe 2015

a 18,4 Mio. CHF für schweizerische Milchprodukte (2015: 19,8 Mio. CHF) und 12,9 Mio. CHF für Getreide (2015: 13,8 Mio. CHF).

Allgemeine Barbeiträge	Ausserordentliche Barbeiträge	Nahrungsmittelhilfe	Total
55.8	85.0	24.8	165.5
6.5	28.1	24.8	59.3
15.0	19.8	–	34.8
11.0	18.3	–	29.3
22.0	2.9	–	24.9
–	6.0	–	6.0
1.3	9.8	–	11.1
80.0	65.5	–	145.5
0.7	162.9	6.5	170.1
–	26.1	5.2	31.2
0.7	60.5	0.3	61.6
–	34.3	1.0	35.2
–	4.0	–	4.0
–	38.1	–	38.1
136.5	313.3	31.2^a	481.1
138.1	368.1	33.6 ^a	539.9

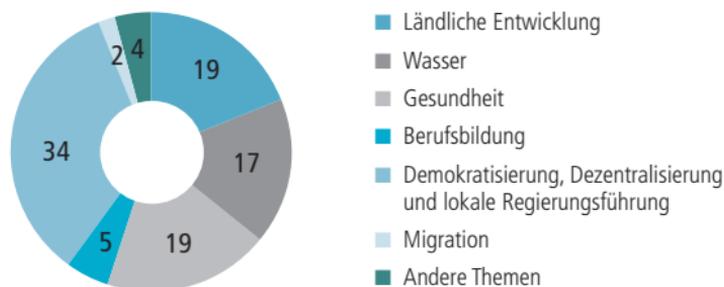
Tabelle 10

DEZA OSTZUSAMMENARBEIT NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2015–2016 (MIO. CHF)

	2016	2015
Schwerpunktländer und -regionen^a	136.4	136.0
Zentralasien	30.8	34.0
Südkaucasus	17.7	17.2
Kosovo	17.0	14.7
Bosnien und Herzegowina	13.8	13.9
Moldova	13.0	12.8
Albanien	12.5	11.6
Serbien	12.2	12.0
Mazedonien	10.7	10.9
Ukraine	8.7	8.7
Andere Aktivitäten	19.2	28.2
Andere Länder und Regionen	3.6	11.5
Programmbeiträge an NGOs	6.3	5.5
Kernbeitrag an IDEA	1.1	1.3
Verschiedene Beiträge und Betriebskosten	8.2	10.0
Total	155.6	164.2

a Für die Zusammensetzung der Schwerpunktregionen siehe Karte des Jahresberichts 2016 (S. 24–25).

Grafik 12

DEZA OSTZUSAMMENARBEIT NACH THEMEN 2016
(IN %)^a

a Ohne Programmbeiträge an schweizerische NGOs, multisektoruelle Aktivitäten und Betriebskosten.

Tabelle 11

SECO OSTZUSAMMENARBEIT NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN 2015–2016 (MIO. CHF)

	2016	2015
Schwerpunktländer	72.0	72.0
Ukraine	14.8	10.4
Mazedonien	10.7	4.9
Serbien	10.0	3.6
Kirgisistan	8.4	12.6
Albanien	7.8	8.9
Bosnien und Herzegowina	7.1	7.8
Tadschikistan	5.3	14.0
Kosovo	5.1	8.9
Aserbaidshan	2.7	1.1
Andere Aktivitäten	10.6	9.0
Andere Länder und Regionalprogramme, verschiedene Beiträge	5.2	4.1
Betriebskosten (ausgenommen Schwerpunktländer)	5.5	4.9
Total	82.7	81.0

Grafik 13

SECO OSTZUSAMMENARBEIT NACH THEMEN 2016 (IN %) ^a



a Ohne Betriebskosten.

Tabelle 12

PARTNER DER DEZA FÜR BILATERALE AKTIVITÄTEN 2016 (MIO. CHF)^a

Schweizer NGOs und Kompetenzzentren
Wichtigste institutionelle Partnerschaften:
HELVETAS Swiss Intercooperation
Swisscontact
Schweizerisches Rotes Kreuz
Fondation Terre des Hommes (Lausanne)
Caritas Schweiz
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)
Enfants du Monde
Brot für Alle
Médecins sans Frontières (MSF)
Solidar Suisse
Swissaid
Fastenopfer
Education 21
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
COMUNDO
Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen
Privater Sektor der Schweiz
Öffentlicher Sektor der Schweiz
UNO-Organisationen, multilaterale Aktionen
Internationale Finanzierungsinstitutionen, multilaterale Aktionen
Andere ausländische und internationale Organisationen
davon: Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Organisationen des Südens und des Ostens
Total der Partner
Direkte Aktionen, Betriebskosten
Total 2016
Total 2015

Spezifische Mandate und Projekte

Progr. Beiträge ^b	Humanitäre Hilfe	Entwicklungs- zusammenarbeit	Ost- zusammenarbeit	Total
125.9	18.4	126.5	21.5	292.4
10.7	0.2	37.0	14.6	62.5
6.0	–	27.7	1.5	35.2
11.1	3.4	1.3	2.1	17.9
10.5	1.6	2.8	–	14.9
11.1	0.7	2.2	–	14.1
8.0	–	–	0.5	8.5
2.8	–	4.3	–	7.1
7.0	–	–	–	7.0
7.0	–	–	–	7.0
3.9	0.4	2.6	–	6.9
6.5	–	–	–	6.5
6.2	–	–	–	6.2
3.6	–	–	–	3.6
3.1	–	0.1	–	3.2
3.0	–	–	–	3.0
–	1.2	37.0	6.8	45.0
–	1.0	28.3	3.9	33.3
–	0.9	1.0	0.2	2.1
–	109.8	115.1	23.4	248.3
–	1.0	66.6	8.9	76.5
–	195.4	149.9	30.8	376.1
–	145.5	–	–	145.5
–	12.1	174.4	24.1	210.7
125.9	339.9	698.9	119.6	1 284.4
–	71.7	189.5	28.7	289.9
125.9	411.7	887.6	148.3	1 573.5
130.4	469.6	885.3	157.4	1 642.8

a Exkl. EU-Erweiterungsbeitrag der DEZA (62,1 Mio. CHF im Jahr 2016).

b Allgemeine Beiträge an NGOs für Entwicklungs- und Nothilfeprogramme in Süd- und Ostländern und an Kompetenzzentren für Sensibilisierungsaktivitäten.

Tabelle 13

ERWEITERUNGSBEITRAG DER SCHWEIZ AN DIE EUROPÄISCHE UNION 2015–2016 (MIO. CHF)

	2016	2015
Länder	170.6	177.1
Polen	87.4	73.6
Litauen	17.1	9.5
Ungarn	13.2	22.6
Rumänien	12.9	18.3
Slowakei	12.8	20.1
Tschechien	12.7	13.8
Bulgarien	5.9	5.4
Lettland	3.8	5.2
Estland	3.2	6.0
Zypern	1.5	0.4
Slowenien	0.2	1.9
Malta	–	0.3
Verschiedene Beiträge und Betriebskosten	4.6	5.0
Total	175.2	182.1

Die DEZA und das SECO sind seit 2008 gemeinsam für die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags an die Europäische Union (EU) zuständig, welche die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU-Erweiterung verringern soll.

Die Programme der DEZA und des SECO fördern das Wirtschaftswachstum, tragen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des sozialen Systems und der öffentlichen Sicherheit bei, gewährleisten den Schutz der Umwelt und stärken die Zivilgesellschaft.



Impressum

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 34 75
www.deza.admin.ch
deza@eda.admin.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 56 56
www.seco-cooperation.admin.ch
info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination/Statistik:

Direktionsstab DEZA
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:

Julia Curty, SUPERSCRIP T GmbH, Brügg bei Biel/Bienne
www.superscript.ch

Fotos:

Titelseite Sven Torfinn/Panos
Seite 3 Mikk el Ostergaard/Panos
Seite 18 G.M.B. Akash/Panos

Druckerei:

Stämpfli AG
3001 Bern

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch,
Italienisch und Englisch erhältlich.

Weitere Exemplare können bestellt werden
bei deza@eda.admin.ch oder über

Telefon +41 (0)58 462 34 75